



KAPITEL 2.3

Linksextremismus

Mit Beiträgen von:

- Armin Pfahl-Traughber
- Udo Baron
- Alexander Deycke und Matthias Micus



Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Politologe und Soziologe, Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Antisemitismus, Extremismus, Politische Ideengeschichte und Terrorismus. Er gibt seit 2008 das "Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung" heraus. Pfahl-Traughber gehört u. a. dem Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz an.

Dr. Udo Baron

Historiker und Politikwissenschaftler und als Referent für den Bereich Linksextremismus im Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport tätig.

Alexander Deycke

studierte Politikwissenschaft und Geschichte in Göttingen. Alexander Deycke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bundesfachstelle Linke Militanz am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Dr. Matthias Micus

2017 bis 2019 Leiter der Bundesfachstelle Linke Militanz. Aktuell leitet er die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Linksextremismus

Armin Pfahl-Traugher

Der vorliegende Aufsatz beinhaltet eine komprimierte Darstellung und Einschätzung zum Linksextremismus in Deutschland.

Da die Bezeichnung mitunter falsch verstanden wird, soll hier zunächst eine Definition erfolgen: Linksextremismus wird aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung definiert als „Bezeichnung für alle linksterroristischen Auffassungen und Handlungen, die unter Berufung auf ein Mehr an sozialer Gleichheit die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft negieren“.¹ Es geht also nicht nur um die Kritik am Kapitalismus und auch nicht um jede Art von Forderung nach Sozialismus. So lange Demokratie, Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit akzeptiert werden, handelt es sich um legitime Auffassungen innerhalb einer offenen Gesellschaft.

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst geht es um die Akteurinnen und Akteure, Symbole und Inhalte des Linksextremismus, danach um die Ziele und Motive und schließlich um die Aktionen mit dem Wirken nach innen und außen.

Bei diesen Ausführungen wird in den Fußnoten immer wieder auf weiterführende Literatur hingewiesen, wobei es sich meist nur um exemplarische Informationen zum Weiterlesen handelt. Derartige Angaben dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Forschungslage zum Linksextremismus insgesamt unterentwickelt ist. Es existieren nur wenige Einführungen oder Gesamtdarstellungen, die noch dazu meist veraltet sind.² Gleiches gilt für Arbeiten zum kommunistischen Bereich des Linksextremismus, der seine Blüte in den 1970er- und 1980er-Jahren hatte. Danach beschäftigten sich nur noch wenige Forscherinnen und Forscher mit den einschlägigen Organisationen. Zum Linksterrorismus liegen hingegen zahlreiche Veröffentlichungen vor, wobei sie sich meist nur auf die „Rote Armee Fraktion“, nicht aber auf die anderen Gruppen beziehen. Auch zu den Autonomen, die es als gewaltorientierte Subkultur immerhin seit Jahrzehnten gibt, existieren nur wenige Studien. Meist stammen sie von früheren Angehörigen oder Sympathisantinnen und Sympathisanten der Szene.

Akteure, Symbole, Inhalte

Die Akteure im Linksextremismus können nach ihrer primären Handlungsform unterschieden werden, wozu organisationspolitische, parteiorientierte, subkulturelle und terroristische Varianten gehören.

Der letztgenannte Bereich ist Geschichte und bedarf daher hier keiner größeren Aufmerksamkeit. Es mögen folgende allgemeine Ausführungen genügen: Seit Ende der 1960er-Jahre entstanden unterschiedliche linksterroristische Gruppierungen, die mit Anschlägen und Attentaten auf sich aufmerksam machten. Dazu gehörten heute nahezu vergessene Gruppierungen wie die „Antiimperialistischen Zellen“, das „Sozialis-

1 Eine ausführliche Erläuterung dazu findet sich in: Pfahl-Traugher 2014a, 15-28.

2 Vgl. als ältere Gesamtdarstellungen: Langguth 1983; Moreau/Lang 1996; zudem als neuere Gesamtdarstellungen: Bergsdorf/van Hüllen 2011; Pfahl-Traugher 2014.

tische Patientenkollektiv“ oder die „Tupamaros Westberlin“, aber auch bedeutsamere, wie die „Bewegung 2. Juni“, die „Revolutionären Zellen“ oder die „Rote Armee Fraktion“. Da die hier Gemeinten seit Ende der 1990er-Jahre nicht mehr bestehen, kann auch für die Gegenwart nicht von einem existenten Linksterrorismus die Rede sein (auch wenn manche der damaligen Gruppenmitglieder weiterhin frei und unerkannt sind).



ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLEN³

Linke terroristische Gruppe in Deutschland, welche in den 1990er-Jahren aktiv war und sich selbst als Nachfolger der RAF sah. Insgesamt bestand die Gruppe personell nur aus zwei Aktivisten; einer war Bernhard Falk, der während seiner Haftzeit zum Islam konvertierte und Salafist wurde.

SOZIALISTISCHES PATIENTENKOLLEKTIV⁴

Ziel des 1970 gegründeten linksterroristischen „Sozialistischen Patientenkollektiv“ war die Überzeugung, dass psychische Erkrankungen durch die kapitalistische Gesellschaft bedingt seien.

TUPAMAROS WESTBERLIN⁵

Eine in den späten 1960er-Jahren kurzzeitig aktive linksterroristische Gruppe, welche in ihrem Wirken Aktionsformen der lateinamerikanischen Stadtguerilla aufgriff.

BEWEGUNG 2. JUNI⁶

Der Name der linksterroristischen Gruppe bezieht sich auf den Todestag von Benno Ohnesorg. Am 2. Juni 1967 fand eine Demonstration gegen den persischen Shah Reza Pahlavi in Berlin statt. Während der Demonstration wurde der Student Benno Ohnesorg durch einen Polizeibeamten erschossen. Nach diversen Anschlägen, die sich an Praktiken der RAF orientierten, löste sich die Gruppierung 1980 auf.



REVOLUTIONÄRE ZELLEN⁷

Eigenständige linksterroristische Kleingruppen, die zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren aktiv war. Spezifische Merkmale bei der Vorgehensweise und der Organisationsform: Die Aktivisten lebten nicht im Untergrund, dafür in einer bürgerlichen Scheinwelt. Sie galten als „Feierabendterroristen“, da sie vor oder nach ihrer beruflichen Tätigkeit die Anschläge planten. Die kleineren Gruppen „Zellen“ waren in unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik Deutschland netzwerkartig verbunden und fungierten ohne zentrale Steuerung.

ROTE ARMEE FRAKTION^{8,9}

1970 gegründete linksterroristische Vereinigung, welche bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1998 34 Morde sowie zahlreiche Sprengstoffattentate und Banküberfälle in Deutschland beging. Selbsterklärtes Ziel war es, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen. Der sogenannte „Deutsche Herbst“ bezeichnet den Höhepunkt ihres Terrorismus im Jahr 1977.



³ Dietel/Hirschmann/Tophoven 2006.

⁴ Pfahl-Traughber 2014a, 168-170.

⁵ Ebd., 167-168.

⁶ Ebd., 170-171.

⁷ Dietel/Hirschmann/Tophoven 2006; Pfahl-Traughber 2014a, 173-176.

⁸ Ebd., 153-165.

⁹ Siemens 2007.

Beim Blick auf den gegenwärtigen Linksextremismus sollen zunächst die parteiorientierten Varianten im Zentrum stehen: Dazu gehört die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)¹⁰, die mit 2.850¹¹ Mitgliedern die größte linksextremistische Partei ist. Ihr Logo enthält einen Hammer und eine Sichel, womit sie auch symbolisch dem klassischen Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung zugeordnet werden kann. Die 1968 gegründete DKP verstand sich auch immer als „Partei der revolutionären Arbeiterklasse“ und verfügte in den 1970er- und 1980er-Jahren bis zu 40.000 Mitglieder. Da sie sich nicht nur auf die DDR als politisches Vorbild bezog, sondern aus dieser auch maßgeblich finanziell unterstützt wurde, verlor die Partei nach 1990 nicht nur einen Großteil ihrer Mitglieder, sondern auch ihre Perspektive für die Zukunft. Dennoch sind die Anhängerinnen und Anhänger der stark überalterten DKP nach wie vor bei vielen linken Demonstrationen mit kapitalismuskritischer Orientierung präsent und verstehen sich als Teil einschlägiger Protestbewegungen.

Als zweitgrößte linksextremistische Partei kann die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)¹² gelten. Sie entstand 1982 aus den maoistisch geprägten „K-Gruppen“ heraus, weist dementsprechend eine maoistische, aber auch eine stalinistische¹³ Prägung auf und hat rund 1.800 Mitglieder. Gegenüber anderen marxistisch oder sozialis-



DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI¹⁴

Die DKP ist eine Nachfolgepartei der 1956 verbotenen KPD (Kommunistische Partei Deutschlands). 1968 wurde sie neugegründet. Inhaltlich und personell erfolgten Übernahmen aus der KPD in die DKP. Die DKP ist eine kommunistische Kleinpartei mit marxistisch-leninistischen Ideologien. In den 1970er- und 1980er-Jahren war sie eine der mitgliederstärksten extremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. In der Vergangenheit erfolgten Steuerungen durch die DDR. In dieser Form war die DKP ein abhängiger Interventionsapparat der SED. Mit der Wiedervereinigung verband sich auch ein Niedergangsprozess der Partei, trotz gesunkener Mitgliederzahlen bewegt sich die DKP weiterhin in linken Protestbewegungen.



MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)¹⁵

Die Partei wurde 1982 gegründet und beansprucht, den "wahren Sozialismus" zu vertreten. Dabei weist sie eine pro-maoistische und pro-stalinistische Ausrichtung auf, was mit ihrer Isolation sowohl allgemein in der politischen Linken wie im sonstigen Linksextremismus erklärt. Der MLPD werden um die 2.000 Mitglieder zugerechnet.



K-GRUPPEN¹⁶

Sammelbezeichnung für marxistisch-leninistisch und maoistisch geprägte Gruppen und Parteien der 1970er, welche zum Teil aus der damals zerfallenden 68er-Bewegung und der „Neuen Linken“ hervorgingen. Die Mitglieder engagierten sich nach dem Zerfall in verschiedenen Übergangsorganisationen bspw. der grün-alternativen Bewegung (Anti-Atomkraft-Bewegung).

10 Vgl. u. a. Fülberth 1990; Hirscher/Pfahl-Traughber 2008.

11 Alle Angaben zu Anhängern oder Mitgliedern linksextremistischer Personenzusammenschlüsse stammen aus den Verfassungsschutzberichten und beziehen sich auf den Stand Ende 2017. Mit guten Gründen kann man ihnen kritisch gegenüberstehen, zumal es sich mitunter nur um allgemeine Schätzungen handelt. Es gibt aber keine andere Datengrundlage dafür.

12 Vgl. u. a. van Hüllen 2007; Müller-Enbergs 2008.

13 Drechseler/Hilligen/Neumann 2003, 627-628 (Maoismus), 937-939 (Stalinismus).

14 Pfahl-Traughber 2014b.

15 Langguth 1983; Pfahl-Traughber 2013a.

16 Langguth 1983, 124-125.

tisch ausgerichteten Organisationen beharrt die MLPD darauf, den „wahren Sozialismus“ zu vertreten. Auch sie nutzt in ihrem Logo Hammer und Sichel als Symbole, sieht aber in der DKP Repräsentanten eines verwerflichen „Revisionismus“, der mit einer Abweichung von einer maoistisch-stalinistischen Orientierung des Sozialismus einhergehe. Daher ist die MLPD in der gesamten politischen Linken und dem linksextremistischen Spektrum isoliert. Auffällig an der Partei sind noch zwei Sachverhalte: Sie verfügt angesichts von Spenden über erhebliche finanzielle Mittel, und die Führung der Partei sowie der ihr nahestehenden Organisationen besteht meist aus den Angehörigen nur einer Familie.

Als Exkurs sei hier noch auf die frühere „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) und jetzige Partei „Die Linke“¹⁷ hingewiesen. Da sie 1989 aus der diktatorisch regierenden „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) der DDR hervorging, waren ihr von daher auch immer linksextremistische Prägungen eigen. Seitdem lässt sich über die Jahrzehnte indessen ein Mäßigungsprozess feststellen, welcher zu einer Neueinschätzung der Partei führte. Man kann sie gegenwärtig nicht mehr dem Linksextremismus zuschreiben. Dennoch gibt es weiterhin linksextremistische Strukturen, über die einzelne Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger auch Einfluss auf die Gesamtpartei ausüben. Eine Abgrenzung oder Kritik an ihnen aufgrund dieser Orientierung erfolgt durch die Parteiführung nicht. Genannt werden können hier die „Antikapitalistische Linke“, die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“, der „Geraer Sozialistischer Dialog“¹⁸, die „Kommunistische Plattform“, das „Marxistische Forum“ oder die „Sozialistische Linke“.

Die „marx21“ und die „Sozialistische Alternative“ (SAV) sind zwei Beispiele für den organisationspolitischen Linksextremismus, wobei hier die Besonderheit in einer trotzkistischen Orientierung¹⁹ besteht. Beide zählen zu über 20 einschlägig ausgerichteten Organisationen und sind dort mit jeweils rund 300 Mitgliedern die größten Zusammenschlüsse. Der „Entrismus“ gehört zu ihrer grundlegenden Strategie: Gemeint ist damit das offene oder verdeckte Eintreten in andere, meist linke Organisationen, um dort als engagierte und geschlossene Minderheit größeren Einfluss zu erlangen. Mit dieser Absicht traten die Mitglieder beider Organisationen auch der Partei „Die Linke“ bei. In ihr konnten Angehörige von „marx21“ durchaus hohe Funktionen als Mandatsträgerinnen und -träger oder Posten in der Partei einnehmen, was den Mitgliedern der SAV allerdings nicht gelang. Beide Gruppen bzw. Organisationen werden in der Partei „Die Linke“ geduldet und können dort ihren politischen Einfluss entfalten.

Im Bereich des organisationspolitischen Linksextremismus ist die „Rote Hilfe“¹⁹ von besonderer Bedeutung, was an der relativ hohen Mitgliederzahl von 9.200 ablesbar ist. Die 1975 neu gegründete Organisation (es gab einen an der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ orientierten Vorläufer in der Weimarer Republik) gibt sich als soziales Hilfswerk, das angeblich Personen unterstützen will, die aus politischen Gründen verfolgt werden. Dazu gehören auch Gewalttäterinnen und Gewalttäter. Immer wieder wird auf angebliches Fehlverhalten seitens der Justizbehörden und der Polizei verwiesen, gelten sie doch als Akteure eines verachteten staatlichen Repressionsapparates. Es geht dabei aber häufig nicht um ein selbstloses bürgerrechtliches Engagement, denn bei einer Kooperation von Verhafteten mit der Polizei erlischt mitunter die Unterstützung. Dadurch zeigt sich ganz offen die Ablehnung gegenüber Institutionen des Rechtsstaates. Diese Ausrichtung ist manchen linken



Rote Hilfe e. V.

17 Vgl. u. a. Pfahl-Traugbber 2013b; Pfahl-Traugbber 2014a, 111-124.

18 Vgl. u. a. Brandt 2017, 69-95; van Hüllen 2014.

19 Vgl. u. a. Blank 2019; Pfahl-Traugbber 2014a, 131f.

**GEGENSTANDSPUNKT²⁰**

1992 gründeten die ehemaligen Ideologen der „Marxistischen Gruppe“ ein neues Publikationsorgan, eine Vierteljahrszeitschrift unter der Bezeichnung „GegenStandpunkt“. Die Marxistische Gruppe fand sich daher als „GegenStandpunkt“ in anderer Organisationsform zusammen.

GEGENSTANDSPUNKT

Cover Zeitschrift

Demokratinnen und Demokraten, die Mitglieder der Organisation sind, nicht richtig klar.

Die Gruppe „GegenStandpunkt“ gehört ebenfalls zum organisationspolitischen Linksextremismus. Dabei handelt es sich um die Fortsetzung der „Marxistischen Gruppe“,²¹ die 1980 an verschiedenen Universitäten entstand. Deren Aktivistinnen und Aktivisten traten mit aggressiver und destruktiver Kritik auf, störten Seminare und Vorlesungen und warben über

Publikationsorgane und Veranstaltungen für ihre Vorstellungen. Das elitäre Gehabe und der starke Zynismus führten hingegen zur Isolation. Auffällig ist das Bemühen, Anhängerinnen und Anhänger in Schaltstellen von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu etablieren. Nachdem diese Aktivitäten Anfang der 1990er-Jahre öffentlich bekannt wurden, löste man sich auf. Bereits 1992 entstand jedoch mit der Gruppe „GegenStandpunkt“ eine informelle Nachfolgeorganisation um eine gleichnamige Zeitschrift. Ihr werden derzeit 3.000 Personen zugerechnet, welche insbesondere an Universitäten aktiv sind.

**ANTIKAPITALISTISCHE LINKE²²**

Die „Antikapitalistische Linke“ ist eine 2006 gegründete politische Strömung innerhalb der Partei „Die Linke“.

ARBEITSGEMEINSCHAFT CUBA SI²³

Arbeitsgemeinschaft der Partei „Die Linke“, welche sich mit dem sozialistischen Kuba solidarisiert. Ziel ist die materielle und politische Solidarität mit dem kubanischen Regime.

GERAER/SOZIALISTISCHER DIALOG²⁴

Ein 2002 gegründeter Zusammenschluss der Arbeits- und Interessensgemeinschaft innerhalb der Partei „Die Linke“, die ohne bundesweite Anerkennung (Kriterien der Bundessatzung) agieren. Ihr Ziel ist es, einen gesellschaftlichen Sozialismus zu entwickeln. Sie streben nach Stärkung und Verbreitung der marxistisch-sozialistischen Positionen innerhalb der Partei.

MARXISTISCHES FORUM²⁵

Das 1995 gegründete „Marxistische Forum“ ist eine Arbeits- und Interessengemeinschaft, jedoch ohne offiziellen bundesweiten Zusammenschluss. Deren Aktivistinnen sind in der Partei „Die Linke“ und anderen linken Strukturen organisiert.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM(KPF)²⁶

Die KPF ist eine offen tätige Vereinigung innerhalb der Partei „Die Linke“, die sich besonders in den Aktionsfeldern Antifaschismus und Antirassismus einsetzt und dafür, dass kommunistische Positionen in der Partei „Die Linke“ bestehen bleiben.

²⁰ Pfahl-Traughber 2014a, 126f.

²¹ Vgl. u. a. Bundesministerium des Innern 1995; Fraude 2003.

²² Backes 2017; Decker 2018.

²³ Pfahl-Traughber 2014a, 117–118.

²⁴ Die Linke; Verfassungsschutzbericht 2017, 159.

²⁵ Marxistisches Forum; Verfassungsschutzbericht 2017, 158.

²⁶ Die Linke; Jesse 2011, 83–98.

**SOZIALISTISCHE LINKE²⁷**

Ziel der 2006 gegründeten Strömung in der Partei „Die Linke“ sind sozialistische Alternativen zu fördern. Den Anknüpfungspunkt bilden links gerichtete sozialpolitische Prägungen und reformkommunistische Traditionen. Über die DDR wird ein positives Bild vermittelt.

MARX21²⁸

„marx21“ ist ein 2007 gegründetes Netzwerk mit trotzkistischen Prägungen. Vormalig war es unter den Namen „Linksruck“ bekannt. Themen- und Aktionsfelder von „marx21“ sind Antimperialismus, Antimilitarismus und Antiglobalisierung.

marx21**SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN²⁹**

Die 1994 gegründete „Sozialistische Alternative“, genannt SAV, bildet die deutsche Sektion des „Committee for a Workers' International“ mit Sitz in London.

**MARXISTISCHE GRUPPE³⁰**

Die „Marxistische Gruppe“ entstand 1980 durch vormalig linksextremistische Studentengruppen und wurde Anfang der 1990er-Jahre aufgelöst. Grundpositionen der Marxistischen Gruppe sind Marx' ökonomisches Hauptwerk „Das Kapital“. Die MG engagiert sich für die Ablehnung und Bekämpfung des Kapitalismus und die Destruktion des Staates.

Neben dem parteiorientierten und organisationspolitischen gibt es auch einen subkulturellen Linksextremismus, womit insbesondere die sogenannten Autonomen³¹ als Bewegung von Kleingruppen gemeint sind. Ein genaues Gründungsjahr kann für sie nicht angegeben werden, was eben mit der besonderen Organisationsform zusammenhängt. Grob lässt sich sagen, dass die heutigen Autonomen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre aus der damaligen Subkultur der „Spontis“ entstanden. Diese lehnten die Ausrichtung an starren Ideologien und festen Strukturen ab und strebten eine Alternative zu den kritisierten Einstellungen der „bürgerlichen“ Gesellschaft an. Nachdem die Bewegung der Spontis im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre immer mehr zerfiel, gingen ihre unterschiedlichen Gruppierungen verschiedene Wege. Die einen engagierten sich fortan stärker in der gerade neu gegründeten Partei „Die Grünen“, die anderen fanden sich bald in der neuen Subkultur der Autonomen mit einer linksextremistischen Orientierung wieder.

**SPONTIS³²**

Bewegung, die in den 1970er-Jahren vor allem in der studentischen Jugend viele Anhänger fand. Statt an fester Ideologie und Organisationen orientierte man sich an individuellen Gefühlen und losen Personenzusammenschlüssen. In beiderlei Hinsicht waren die „Spontis“ diesbezüglich Vorläufer der Autonomen.

Die Bezeichnung „Autonome“ ist bereits vielsagend hinsichtlich des Selbstverständnisses. Über die Herkunft kursieren unterschiedliche Versionen, besonders wichtig scheint aber die eigentliche Wortbedeutung zu sein. „Autonom“ steht für „eigenständig“ und „unabhängig“ – und genau das beanspruchten bzw. beanspruchen die handelnden Protagonistinnen und

27 Backes 2017, 119–135; Verfassungsschutzbericht 2017, 155.

28 Brandt 2017, 69–95; Verfassungsschutzbericht 2017.

29 Brandt 2017, 69–95; van Hüllen 2014.

30 Pfahl-Traughber 2014a, 125f.

31 Vgl. u. a. Haunss 2004; Pfahl-Traughber 2017.

32 Pfahl-Traughber 2014a, 139f.

Protagonisten für sich. Man will nicht in Abhängigkeit von einer Struktur stehen, man will kein Bestandteil einer Partei sein. Deren Denkweisen und Organisationsverständnisse werden aufgrund von Hierarchie und Zentralismus abgelehnt. Aus diesem Grund standen die Autonomen von Anfang an in einem Konfliktverhältnis zu linksextremistischen Parteien wie der autoritär und straff organisierten DKP und der MLPD. Gegenüber deren „autoritärem“ Gebrauche will man die (freiheitlich) „libertäre“ Linke wiederbeleben. Die Autonomen lehnen nach dem Motto „Keine Macht für niemand“ festere Organisationsformen ab und sehen in internen Machtstrukturen eine erhebliche Gefahr für ihr Selbstverständnis (ausführlich im Beitrag von Deycke und Micus in diesem Kapitel).

In den folgenden Jahrzehnten beteiligten sich Autonome häufig an Aktionen der unterschiedlichen Protestbewegungen, die z. B. gegen die Gentrifizierung, die Globalisierung³³ oder den Rechtsextremismus gerichtet waren. Dabei handelte es sich häufig um Anliegen, die für sich allein genommen nichts mit Linksextremismus zu tun hatten. Gleichwohl sahen die Angehörigen dieses politischen Lagers dort auch Möglichkeiten für ihr Engagement in breiteren gesellschaftlichen Kontexten und traten bei solchen Aktionen oftmals eher gewaltgeneigt auf. Bei Demonstrationen kommt es häufig zu Eskalationen in der Auseinandersetzung mit der Polizei. Gerade dies sieht die autonome Szene nicht selten als Erfolgserlebnis an, kann doch so die Frontstellung gegen die Polizei bzw. den Staat umso mehr verdeutlicht werden. Gleichzeitig diskreditieren die Autonomen so die mehrheitlich demokratischen und friedlichen Protestbewegungen: Die Medienberichterstattung über die gewalttätigen Ausschreitungen überschattet oft die Berichte über die eigentlichen Motive und Anliegen. Es fehlt aber in den Bewegungen auch an nötiger Distanz. Die Anwesenheit von Autonomen bei einer Demonstration birgt meist die Gefahr der Gewalteskalation. Hier könnte durch entsprechende Klarstellung schon von vornherein eine Abgrenzung vorgenommen werden.

Aussagen über die soziale Zusammensetzung der Autonomen-Szene können kaum gemacht werden, denn es fehlt an der notwendigen sozialwissenschaftlichen Forschung. Darüber hinaus schottet man sich gegenüber Einblicken in das Innenleben auch gern ab. Insofern können nur sehr allgemeine Erkenntnisse formuliert werden: Der Großteil der Autonomen dürfte zwischen 15 und 30 Jahren alt sein, wobei es auch Alt-Autonome mit über 60 Jahren gibt. Häufig weisen die Aktivistinnen und Aktivisten eine höhere Bildung auf und haben das Gymnasium besucht oder ein Studium begonnen. Sie arbeiten in sozialen Bereichen oder leben von Sozialhilfe. Aber auch hier fehlt die Datengrundlage, um genauere Informationen geben zu können. Als Angehörige einer Subkultur sind Autonome an szenetypischer Kleidung erkennbar, wofür insbesondere die schwarze Farbe von festeren Hosen und Jacken gehört. Autonome kleiden sich gelegentlich aber auch „normal“ wie andere Jugendliche. Gern führt man auf Demonstrationen eigene Flaggen mit dem Anarchismus-A mit.

Bezogen auf die Anzahl der Autonomen muss zunächst gesagt werden, dass es überaus schwierig ist, hier verlässliche Zahlen zu nennen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Bei den Autonomen kann man nicht formal Mitglied werden, insofern gibt es auch keine entsprechenden Registrierungen. Man ist dadurch ein Autonomer, dass man der Szene angehört. Die Beteiligung an Demonstrationen macht dies ebenso deutlich wie das Engagement in Projekten. Es gibt jedoch keinen exakten Gradmesser dafür, ab wann man von einer eindeu-

³³ „Gentrifizierung“ meint die Umstrukturierung von Wohngebieten insbesondere in Großstädten, welche zu einem starken Anstieg von Mieten und damit zum Wegzug von Bewohnern mit geringem Einkommen führt. „Globalisierung“ steht für eine weltweite Wirtschaftspolitik, die auf eine freie Marktwirtschaft mit der Folge von wachsender sozialer Ungleichheit sowohl in den Entwicklungsländern wie in den Industriestaaten setzt.

tigen Zugehörigkeit sprechen kann. Hinzu kommt, dass sich Jugendliche mit gesellschaftskritischer Orientierung in deren sozialem Umfeld bewegen. Inwieweit sie dabei auch die eher diffuse Ideologie der Autonomen angenommen haben, lässt sich nur schwer sagen. Insgesamt kann man hinsichtlich des Personenpotenzials daher nur auf die Schätzungen der Sicherheitsbehörden verweisen. Sie gehen von 7.400 Personen mit steigender Tendenz (2017: 7.000, 2016: 6.800) aus.

Diese Art der Organisationsform, die von lockeren Personenzusammenschlüssen ohne einheitliche Struktur geprägt ist, löste intern immer wieder heftige Kontroversen aus. Der Ausgangspunkt dieser Kontroversen war die Einsicht, dass die Kontinuität politischen Engagements eben nur bei einem verbindlichen Miteinander möglich ist. Dies würde aber eine festere Organisationsform bedeuten, was die Gefahr einer Machtbildung an der Spitze der Organisation mit sich bringen würde. Als Folge dieser Kontroversen entstand das Phänomen der „Postautonomen“.³⁴ Gemeint sind damit frühere Autonome, die sich stärker organisieren wollen. Damit brechen sie in der Organisationsfrage aber mit einem maßgeblichen Grundprinzip. Als bedeutsame Beispiele dafür können das 2005 entstandene Netzwerk „Interventionistische Linke“ mit ca. 1.000 Anhängern und das 2006 gegründete „...ums Ganze!“-Bündnis mit rund 330 Anhängern gelten. Während man im ersten Fall auch Bündnispolitik mit nicht-linksextremistischen Personen anstrebt, definiert man sich im zweiten Fall entschieden als „kommunistisches Bündnis“ (Ausführlich im Beitrag von Baron in diesem Kapitel).



INTERVENTIONISTISCHE LINKE³⁵

Die IL ist ein bundesweites Netzwerk mit dem Schwerpunkt Antikapitalismus, welches 2005 gegründet wurde, um autonome Gruppierungen unterschiedlicher ideologischer Prägung besser zu organisieren.

...UMS GANZE! – KOMMUNISTISCHES BÜNDNIS³⁶

Das Bündnis „...ums Ganze!“ (uG) wurde 2006 gegründet und agiert bundesweit. Es gehört zu den führenden postautonomen Gruppen und umfasst mehrere kleine, lokale autonomen Szenen.

Ziele und Motive

Bei der Bezeichnung „Linksextremismus“ handelt es sich um einen Sammelbegriff, d. h. darunter werden durchaus unterschiedliche politische Phänomene zusammengefasst. Deren Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie den demokratischen Verfassungsstaat durch eine „herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft“ ersetzen wollen. Es bestehen aber Differenzen hinsichtlich der Art und Weise, zum Ziel zu kommen. Hier lassen sich zwei ideologische „Großfamilien“ unterscheiden: die anarchistischen und die kommunistischen Strömungen.

Die Erstgenannten wollen nach einer Revolution den „bürgerlichen Staat“ zerschlagen und ihn ohne eine Zwischenetappe durch eine Gesellschaft ohne Staat ersetzen. Demgegenüber wollen die kommunistischen Parteien nach einer Revolution zunächst einen sozialistischen Staat mit diktatorischen Kompetenzen etablieren, der die Gesellschaft reif für den Kommunismus ohne Herrschaft machen soll. Diese beiden Arten des Linksextremis-

³⁴ Vgl. Baron 2016; ansonsten hat sich die Extremismusforschung noch nicht mit diesem Phänomen beschäftigt.

³⁵ Pfahl-Traughber 2014a, 136f.

³⁶ Baron 2017.



POLITIK DER 1. PERSON³⁷

Bei der Politik der ersten Person geht es um die Politisierung des „Privaten“ bzw. des „Persönlichen“ und somit die Ablehnung einer Trennung von „Öffentlichem“ und „Privatem“. Die Politik der ersten Person hatte einen großen Einfluss auf die vielen neuen sozialen Bewegungen, unter anderem in der linken Bewegung. Auf einer zweiten Ebene kennzeichnet die Politik der 1. Person den Anspruch, nur für sich zu sprechen und somit die Ablehnung jedes Stellvertreteranspruchs.

mus lassen sich in weitere ideologische Richtungen³⁸ unterteilen: Im anarchistischen Umfeld können Autonome sowie traditionelle Repräsentantinnen und Repräsentanten ausgemacht werden. Die Autonomen propagieren einen „diffusen Anarchismus“ und eine „Politik der 1. Person“, wobei ein hedonistischer Individualismus mit geringerem Theorieinteresse einhergeht. Demgegenüber beschäftigten sich die traditionellen anarchistischen Personenkreise stärker mit den Ideen der ideologischen Klassiker aus dem 19. Jahrhundert.

Die Kommunistinnen und Kommunisten berufen sich stattdessen auf Marx, wobei auch meist Lenin als zweites Vorbild hinzukommt. Dann differenzieren sich die Richtungen aber immer weiter aus: Es gibt marxistisch-leninistische Gruppen, die sich auch noch auf Mao, Stalin oder Trotzki berufen. Dies geschieht häufig genug in einem konkurrierenden Sinne, was mitunter absonderliche Züge annimmt. Ein Beispiel dafür sind die Anhänger des Trotzismus: Jede der über 20 bestehenden Gruppen geht davon aus, dass die anderen Gruppen die ideologischen und strategischen Lehren von Trotzki falsch interpretieren.

Betrachtet man die vorgenannten Gruppierungen, so lassen sich folgende Zuordnungen vornehmen: Die DKP kann dem Marxismus-Leninismus zugerechnet werden. Die MLPD tendiert zum Marxismus-Leninismus in seiner maoistisch-stalinistischen Spielart. Ebenfalls auf Marx und Lenin berufen sich die unterschiedlichen trotzkistischen Gruppierungen, die dann aber im Namensgeber ihrer Richtung noch ein besonderes Vorbild sehen.

Diesen Bestandteilen des Linksextremismus ist durchaus klar, dass die Massen nicht an ihrer Seite stehen und eine Revolution allenfalls in weiter Zukunft erfolgen würde. Daher halten sie die Gegenwart für eine nicht-revolutionäre Situation und versuchen lediglich, die eigenen Organisationsstrukturen zu stärken. Dies geschieht einerseits durch Mitgliedererwerb, andererseits durch Protestengagement. Dabei greifen die Beteiligten angebliche oder tatsächliche politische und soziale Probleme auf, um so die Zahl ihrer Mitglieder zu vergrößern und in der Öffentlichkeit mit Sympathiewerten zu punkten. Ein wichtiges Ziel ist dabei, Bündnisse mit linken Demokratinnen und Demokraten einzugehen.

Die traditionalistischen Anarchistinnen und Anarchisten orientieren sich demgegenüber an den eigenen Klassikern, die für die Gegenwart über Nachdrucke neu interpretiert werden sollen. Es handelt sich hierbei aber bei den Anarchisten um eine Minderheit, denn die Mehrheit wird durch die Autonomen gebildet. Diese benennen kein genaues Ziel, sieht man einmal von der Forderung nach mehr Selbstbestimmung ohne Staat ab. Eher hat man es mit einem Lebensgefühl zu tun, wenn von der „Politik der 1. Person“ die Rede ist. Den Autonomen geht es konkret um die Ausweitung von „Freiräumen“, wie eigene Häuser und Kulturzentren. Dort, so die Annahme, will man das Leben einer besseren Zukunftsgesellschaft vorleben. Da es sich hierbei häufig um besetzte Häuser handelt, werden diese bei einer polizeilichen Räumung auch besonders entschieden „verteidigt“. Aus einem solchen Ansatz zu „Freiräumen“ ergibt sich dennoch keine längerfristig angelegte politische Zielsetzung.

³⁷ Haunss 2008, 447–474.

³⁸ Vgl. Pfahl-Traughber 2014a, 29–68.

Den linken Extremisten geht es hauptsächlich um den Gewinn an Einfluss, und zwar innerhalb der gesamten Gesellschaft. Gelänge das nicht, so würden sie in einer politischen Isolation vor sich hin „vegetieren“. Mit der Forderung nach einer sozialistischen Diktatur oder der Zerschlagung des bestehenden Staates findet man keine breitere Akzeptanz in der Gesamtgesellschaft oder auch nur in relevanten Teilbereichen. Daher greifen linksextremistische Gruppen gerne bestimmte Problemfelder auf, die in einer offenen Gesellschaft politische Proteste motivieren. Diese können eingebilddete und auch tatsächliche Gefahren oder Widersprüche sein. Entscheidend ist dabei, dass die Kritik nach außen als legitim gilt und die linksextremistischen Hintergründe nicht thematisiert werden. Dies geschieht dadurch, dass sowohl linke Demokratinnen und Demokraten als auch linksextremistische Gruppierungen die gleichen politischen Phänomene ablehnen. Für diese politischen Frontstellungen können meist gute Gründe genannt werden; sie sind in der Regel nicht grundsätzlich linksextremistisch.

Mit Beispielen von einigen Handlungsfeldern³⁹ soll dies hier verdeutlicht werden. Besondere Beachtung verdient der „Antifaschismus“, womit scheinbar die Ablehnung des Rechtsextremismus gemeint ist. Diesen zu bekämpfen ist eine demokratische Grundposition. Dennoch nutzen Linksextremistinnen und Linksextremisten das Themenfeld in ihrem Sinne. Dies geschieht insbesondere durch Bündnispolitik: Sie beteiligen sich an Protesten gegen rechtsextremistische Personengruppen und versuchen so, auch mit Nicht-Linksextremistinnen und -extremisten zu kooperieren. Die Autonomen erscheinen dabei häufig nur als kritische Jugendliche, die ein wenig über die Stränge schlagen, aber eigentlich das Richtige wollen. Deren problematische Dimension bleibt außen vor, immerhin gehe es doch gemeinsam gegen Rechtsextremismus. Hierbei findet dann keine Beachtung mehr, dass der linksextremistische Personenkreis ebenfalls die Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates, wenn auch mit anderer Zielsetzung, anstrebt.

Ähnlich verhält es sich mit der „Antigentrifizierung“ oder der „Antiglobalisierung“: Im erstgenannten Fall geht es um die Folgen, die in Großstädten mit der Umstrukturierung bestimmter Wohngebiete verbunden sind. Diese führt zum Anstieg von Mieten, viele Bewohnerinnen und Bewohner können sie sich nicht mehr leisten und sehen sich zum Wegziehen genötigt. Es handelt sich demnach um ein reales soziales Problem, das wiederum insbesondere von Autonomen in Form von Gewalthandlungen aufgegriffen wird. Hierzu gehört auch das „Abfackeln“ von angeblichen Luxusfahrzeugen in den jeweiligen Stadtteilen (woran sich aber auch viele weniger politisch engagierte Täterinnen und Täter beteiligten). Auch bei der „Antiglobalisierung“ geht es um reale politische Probleme, da die Globalisierung für Entwicklungsländer die negativen Folgen freier Marktpolitik mit sich bringt. Dagegen protestieren regelmäßig Aktive, die demokratisch und friedlich vorgehen. Häufig genug nutzen aber Autonome solche Demonstrationen, um mit Gewalttaten auf sich aufmerksam zu machen.

Bei diesen Handlungen können unterschiedliche Motive ausgemacht werden: Dazu gehört auch die mentale Dimension von Gewalt, wird doch in derartigen Handlungen ein emotionaler Reiz gesehen. Als Akt der Befreiung gilt dann ein Steinwurf, der eine Polizeibeamtin, einen Polizeibeamten oder jemanden aus dem Rechtsextremismus treffen soll. Gerade aus der Autonomen-Szene gibt es immer wieder Beschreibungen, welche die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitsbehörden wie ein abenteuerliches Spiel erscheinen lassen. Diese Dimension darf bei allen politischen Hintergründen nicht ignoriert werden. Man sucht

³⁹ Vgl. Pfahl-Traughber 2011, 163-182; Pfahl-Traughber 2014a, 181-194.

sich eben bestimmte Angriffsobjekte aus, welche zur ideologischen Orientierung passen. Insofern kommen beide Dimensionen, die mentale und die politische, in ihrem Wechselverhältnis zusammen. Dies gilt es ausdrücklich zu betonen, da immer wieder in der Debatte die eine Dimension einseitig gegenüber der anderen Dimension in ihrer Relevanz hervorgehoben wird.



Bild mit Transparent der Antideutschen
(Nie wieder Deutschland)

Abschließend soll noch auf einen Konflikt im Linksextremismus hingewiesen werden: Es geht um die Einstellung zu Israel und dem Nahost-Konflikt. Bereits seit Anfang der 1950er-Jahre lässt sich in diesem politischen Lager eine proarabische bzw. propalästinensische Prägung feststellen. Sie ergab sich dadurch, dass Israel vom Westen unterstützt und daher dem „imperialistischen Lager“ zugeordnet wurde. Anfang der 1990er-Jahre entstanden die „Antideutschen“⁴⁰ im Linksextremismus, die sich gegen den „deutschen Nationalismus“ und für dessen Opfer positionieren wollten. Zu letzteren zählte man die Juden und damit Israel. Insofern nahmen die „Antideutschen“

eine proisraelische Einstellung an und diffamierten proarabische linksextremistische Personen mitunter gar als antisemitisch. Dieser Konflikt, der aber seinen Höhepunkt schon überschritten hat, lähmte das gemeinte politische Lager. Diese Erklärung war wichtig, da man durchaus linke Extremistinnen und Extremisten mit Israel-Flaggen antreffen kann.



IDEOLOGISCHE ORIENTIERUNGEN

Die (revolutionären) Marxisten streben nach der Etablierung einer sozialistischen Diktatur eine herrschafts- und klassenlose Gesellschaft als Endziel an. Sie lassen sich danach unterscheiden, auf welche „Klassiker“ sie sich jeweils noch stützen, also nicht nur auf Marx und Engels, sondern auch auf Lenin oder auf Mao, Stalin oder Trotzki.

MARXISTISCH-LENINISTISCH⁴²

Diese Prägung bezeichnet die offizielle Staatsideologie der DDR oder der Sowjetunion. Er entwickelte sich aus den Dogmen des Marxismus und Leninismus mit vorgeblich wissenschaftlichem Anspruch weiter.

MAOISTISCH-STALINISTISCH⁴³

- **Maoismus:** Von Mao Zedong gegründete chinesische, revolutionäre und kommunistische Bewegung, die sich auf die Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie von Marx und Lenin bezieht.
- **Stalinismus:** Stalinismus bezeichnet die theoretische und praktische Weiterentwicklung des Marxismus anhand von autoritär-bürokratischen Methoden im totalitären Sinne.

TROTZKISTISCH⁴⁴

Eine auf Leo Trotzki zurückgehende politische Richtung, deren Basis die Theorie einer permanenten, sozialistischen und weltweiten Revolution unter Führung von Arbeiterräten ist. Sie verstehen sich als Leninisten und lehnen den Stalinismus ab.

40 Vgl. u. a. Bigalke 2004; Hanloser 2004.

41 Drechseler/Hilligen/Neumann 2003, 632-633.

42 Ebd., 627-628 (Maoismus) und 937-939 (Stalinismus).

43 Brandt 2017, 69-95.

Aktionen

Wirken nach innen (Organisation, Strukturen, Angebote)

Wie die vorstehenden Ausführungen schon andeuteten, kann der Linksextremismus auch hinsichtlich seiner Organisationsform unterschieden werden.

Die organisationspolitische und parteiorientierte Form bevorzugt die festere Struktur. Dort gibt es formale Mitgliedschaften und klare Zuständigkeiten. Nicht selten findet man auch ausgeprägte Hierarchien in den Organisationen des kommunistischen Typs, die sich hier an Lenins Modell des „demokratischen Zentralismus“ orientieren. Dies führt häufig zu einer autoritären Ausrichtung mit elitären Führungsgruppen, denen sich die einfachen Mitglieder um der einheitlichen Parteilinie willen dann unterzuordnen haben. Eine derartige Ausrichtung, die in der DKP⁴⁴ und MLPD vorhanden ist, wird von anderen linksextremistischen Gruppen, wozu die Anarchisten und Autonomen gehören, abgelehnt. Sie weisen mit einer gewissen Berechtigung darauf hin, dass eine absolute Freiheit nicht von vorheriger Unterordnung ausgehen kann. Insofern organisieren sie sich als lose Kleingruppen und Netzwerke.

Demnach hat man es hier auch ideologisch und organisatorisch mit ganz unterschiedlichen Phänomenen zu tun. Trotzdem lassen sie sich unter dem Begriff „Linksextremismus“ zusammenfassen, da alle eine „herrschafts- und klassenlose Gesellschaft“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat umsetzen wollen. Das damit angesprochene Personenpotenzial wird von den Verfassungsschutzbehörden mit 32.000 beziffert. Es schwankte in den letzten Jahren ein wenig, weist aber jüngst eine steigende Tendenz auf (2017: 29.500, 2016 28.500). Die Anzahl der „marxistisch-leninistischen und anderer linksextremistischer Gruppierungen“, also der hier als kommunistisch geltenden linksextremistischen Personen, wurde mit 24.000 angegeben. Bei ihnen gab es einen leichten Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (2017: 21.400, 2016: 20.900). Demgegenüber blieben die traditionellen Anarchistinnen und Anarchisten mit 800 Personen stabil, während die Autonomen auf 7.400 Personen anwuchsen.

Diese Angaben beinhalten jedoch keine wirklich verlässlichen Zahlen. Es handelt sich meist um Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden, welche aufgrund der nicht vorhandenen festen Strukturen besonders im subkulturellen Bereich schwierig sind.

Auch ein historischer Rückblick kann einen Vergleich ermöglichen. In den 1970er- und 1980er-Jahren hatte allein die DKP rund 40.000 Mitglieder und war demnach ein Viertel größer als der gesamte aktuelle Linksextremismus. Insofern hat es hier einen quantitativen Bedeutungsrückgang gegeben, welcher mit der Auflösung der DDR zusammenhing. Davon war allerdings die Autonomen-Szene nicht betroffen, da sie sich nicht am früheren SED-Staat orientierte. Sie bewegte sich seit Beginn der 2000er-Jahre um die 6.000 Personen, mit nur leichten Schwankungen.

Auch der Blick auf andere Extremismen ist hier für den Vergleich interessant. Demnach gab es 24.100 rechtsextremistische Personen und 26.560 Islamistinnen und Islamisten, womit das Personenpotenzial im Linksextremismus am höchsten war.

⁴⁴ Der Anspruch geht aber bei der DKP nicht mit der Realität einher. Bereits seit Jahren gibt es einen Konflikt zwischen zwei Strömungen: Während die einen sich den jeweils neuen Protestbewegungen stärker öffnen wollen, beharren die anderen auf der Orientierung an der traditionellen Arbeiterpartei. Damit einhergehende Kontroversen beschränken die politischen Wirkungsmöglichkeiten der Partei.

Beachtenswert bei der Darstellung des Linksextremismus hinsichtlich des Wirkens nach innen ist noch das Verhältnis der verschiedenen Bewegungen zueinander: Geeint werden sie alle durch das erwähnte Endziel, das Erreichen sozialer Gleichheit und die extremistische Orientierung. Ansonsten bestehen Differenzen, die eine Zusammenarbeit oft nicht möglich machen. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass an „Antifaschismus“- oder „Anti-globalisierung“-Demonstrationen nahezu alle linksextremistischen Gruppen teilnehmen, geht es doch um das gemeinsame Feindbild und Themenfeld. Bezogen auf die Einstellung zur Gewalt gibt es demgegenüber Unterschiede, denn was für die Autonomen bereits in der Gegenwart geboten ist, wollen die kommunistischen Gruppierungen erst in einer Revolution praktizieren. Demnach gibt es in diesem Handlungsfeld auch keine Kooperationen. Der DKP und den Troztkisten gelingt darüber hinaus gelegentlich die Kooperation mit linken Demokraten, der MLPD aufgrund ihres Dogmatismus hingegen nicht.

Wirken nach außen (Konfliktaustrag, Rekrutierung, Mobilisierung)

Will man den organisierten Linksextremismus hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Relevanz einschätzen, bietet sich als erstes der Blick auf die bei Bundestags- und Landtagswahlen erzielten Wahlergebnisse an.

Ganz allgemein lässt sich dazu sagen, dass es bislang keiner der Parteien gelungen ist, in ein Parlament einzuziehen. Lediglich zwischen 1945 und 1956 konnte die „Kommunistische Partei Deutschlands“ auf den erwähnten Ebenen mehr als fünf Prozent der Stimmen verbuchen. Blickt man bei der DKP und MLPD auf die Wahlergebnisse, stellt man fest, dass sie gegenwärtig meist nur im Bereich von ca. 0,1 bis 0,2 % der Stimmen liegen. Ausnahmen davon waren oder sind lokale Hochburgen wie für die DKP etwa Bottrop, was aber dann meist mit besonderem Engagement in den spezifischen Milieus zusammenhängt. Allgemein kann gesagt werden, dass linksextremistische Parteien auch zu ihren besseren Zeiten bei Wahlen nie eine besondere Relevanz hatten. Je nachdem, wie man die PDS der 1990er und 2000er Jahre einschätzt, kann hierzu verständlicherweise eine andere Position vertreten werden.

Bezogen auf die Außenwirkung von linksextremistischen Personenkreisen ist ihre Präsenz in Protestbewegungen wichtig, wo es ihnen allerdings oft an der nötigen Sensibilität fehlt. Um der Gemeinsamkeit bei der Ablehnung von Globalisierung, Neoliberalismus oder Rechtsextremismus willen, dulden auch Demokratinnen und Demokraten häufig genug die Kooperation mit linksextremistischen Gruppierungen. Dies geschieht allerdings meist nicht als bewusster Akt, etwa bei der Beteiligung an Demonstrationen. Gleichwohl kam es dazu, dass heutige Anhänger der DDR (wie die DKP) oder Maos (wie die MLPD) zusammen mit linken Demokratinnen und Demokraten gegen angebliche oder tatsächliche Missstände auf die Straße gingen. An einer Distanzierung gegenüber dem Linksextremismus fehlt es häufig, gegenüber dem Rechtsextremismus wird sie indessen vorgenommen. Auch die Autonomen werden meist in solchen Bewegungen so lange geduldet, bis es zu Gewalthandlungen kommt; solche Taten diskreditieren somit die Anliegen der eigentlichen Beteiligten.

Damit ist eine andere Außenwirkung angesprochen, welche in einschlägig motivierten Straftaten besteht. Diese werden unter der Bezeichnung „Politisch Motivierte Kriminalität – links“ (PMK-links) zusammengefasst. Es geht allgemein um Gesetzesbrüche, die mit einer „linken“ politischen Haltung einhergehen. Diese muss nicht extremistisch im definierten Sinne sein.

Hier bedarf es also noch einer gesonderten Unterscheidung, und zwar zwischen den PMK-links- und den linksextremistisch motivierten Taten. Demnach gab es im Jahr 2018 insgesamt 7.961 Straftaten (2017: 9.752), wovon 4.622 (2017: 6.393) ein linksextremistischer Hintergrund zugeschrieben wurde. Die insgesamt 1.010 Gewalttaten (2017: 1.648) bestanden u. a. aus Brandstiftungen, Körperverletzungen, Landfriedensbruch oder Widerstandsdelikten. Nicht eingerechnet sind hier Sachbeschädigungen, Nötigung/Bedrohung und andere Straftaten mit 3.612 Fällen (2017: 4.745 Fällen).

Die veröffentlichten Daten zur Gewalt vermitteln auch Erkenntnisse über deren Zielrichtungen. Demnach war der größte Anteil mit 625 von 1.010 Fällen gegen die Polizei bzw. Sicherheitsbehörden gerichtet. Dem folgten 264 Angriffe auf rechtsextremistische Personen oder Personen, die für Rechtsextremistinnen oder Rechtsextremisten gehalten wurden. 49 Gewalttaten erfolgten bei der Kampagne gegen Umstrukturierung. Bei all diesen Gewalttaten machten die Körperverletzungen große Teile aus, 301 von 1.135 bei den Gewalttaten gegen die Polizei und 162 von 264 bei den Gewalttaten gegen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Betrachtet man die Anteile nach den Bundesländern, so nimmt dort Nordrhein-Westfalen zahlenmäßig den Spitzenrang ein, dahinter folgen Berlin und Hamburg. Berücksichtigt man aber die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen, so wird deutlich, dass linksextremistische Gewalt eher ein Großstadtphänomen ist, auch wenn derartige Handlungen ebenso in anderen Regionen stattfinden.

Bei der Betrachtung der Daten zur Gewaltentwicklung 2017 muss außerdem berücksichtigt werden, dass ein großer Anteil mit Bezug zu den Protesten gegen den G 20-Gipfel in Hamburg erfolgte. Derartige Großereignisse mobilisieren in der Regel die linksextremistische Szene. Insofern handelt es hier um eine Besonderheit in der Gesamtentwicklung. Dabei lassen sich auch bekannte Muster feststellen: Mit deutlicher Gewaltbereitschaft wird zu solchen Gipfeln mobilisiert, was sich nicht nur aus Bekundungen in Mobilisierungsvideos ergibt. Auch wenn es bei solchen Gelegenheiten mitunter zum Fehlverhalten der Polizei kommt, so sollten nicht Ursache und Wirkung verwechselt werden. Der Ausgangspunkt ist stets die linksextremistische Gewaltneigung, die ganz bewusst den Konflikt mit den Sicherheitskräften sucht und diesen mit einschlägigen Übungen vorbereitet. Ein Gipfel wie der hier gemeinte stellt ein wichtiges Mobilisierungsthema für die Szene dar, aus diesem Grund kommt es auch zu einem besonderen Anstieg der Gewalthandlungen in solchen Kontexten.

Über die allgemeinen sozialen Besonderheiten der Täterinnen/Täter bzw. Tatverdächtigen liegen keine genaueren Erkenntnisse vor. Weder die Sicherheitsbehörden noch die Sozialwissenschaften haben bisher das besondere Profil von linksextremistischen Gewalttäterinnen und -tätern untersucht. Eine Ausnahme stellen zwei Studien des Berliner Verfassungsschutzes dar, worin für die Jahre von 2003 bis 2008 und von 2009 bis 2013 einschlägiges Datenmaterial präsentiert und untersucht wurde.⁴⁵ Diese Angaben beziehen sich zwar nur auf Berlin, sind aber trotzdem interessant, da die Hauptstadt als eine Hochburg der linken Gewaltszene gilt. Folgt man den dort präsentierten Angaben, dann lässt sich folgendes über die Tatverdächtigen sagen: Über vier Fünftel waren Männer und fast vier Fünftel unter 30 Jahren. Besonderheiten hinsichtlich des Bildungsstandes ergaben sich nicht. Jeweils rund ein Drittel waren Arbeitslose, Schülerinnen oder Schüler sowie Studierende. Zwei Fünftel hatten bereits zuvor andere Straftaten begangen.

⁴⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz 2009, 2015.

Darüber hinaus gab es auch Erkenntnisse zu den Taten selbst: Über drei Viertel wurden von Gruppen oder aus einer Gruppe heraus begangen. Den größten Anteil machten dabei besonders personenstarke Gruppen von über zehn aus, was für die Bedeutung gruppendynamischer Prozesse beim Zustandekommen spricht. Vergleicht man dies mit den Daten über unpolitische Jugendgewalt, so lassen sich hinsichtlich der Altersstruktur und des Geschlechtes auffällige Gemeinsamkeiten feststellen. Dies spricht dafür, dass nicht allein die politische Motivation handlungsleitend ist. Es gibt offenbar eine Kombination aus politischen und unpolitischen Faktoren, welche die Gewalttaten im Wechselverhältnis motivieren. Damit lagen erstmals genauere Angaben zu den für „linke Gewalt“ verantwortlichen Tatverdächtigen vor. Beachtenswert ist aber auch, dass es eben nicht nur um linksextremistische Gewalt ging, bestand doch auch eine geringe Schnittmenge von linken Gewalttäterinnen und -tätern und organisierten linksextremistischen Taten.

Über die erwähnten Daten hinaus lassen sich aus den veröffentlichten Informationen kaum weitere Erkenntnisse über linksextremistische Gewalttaten ableiten. Daher reduziert sich deren Bedeutung aus analytischer Perspektive: Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil dieser Gewalttaten von den Autonomen ausging, jedoch finden sich keine einschlägigen Belege für diese Annahme, da sich die veröffentlichten Daten nicht auf ein damit zusammenhängendes Erkenntnisinteresse beziehen. Darüber hinaus ist die Kategorie „Körperverletzungen“ als Sammelbezeichnung eher diffus, erfasst man darunter doch Fälle unterschiedlicher Gewaltintensität. Insofern ergeben sich aus den Daten auch keine Erkenntnisse darüber, inwieweit es zu einer Enthemmung bei Gewalttaten kommt. Dafür mögen einzelne Fallbeispiele sprechen. Inwieweit sie aber eher für eine Ausnahme oder eher für eine Regel stehen, bleibt jeweils unklar. Allgemeine Einschätzungen über Trends können daraus kaum abgeleitet werden, besteht doch die Gefahr der Interpretationsverzerrung.

Bilanzierende Einschätzung des Gefahrenpotenzials des Linksextremismus

Wie kann das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus eingeschätzt werden? Eine Antwort auf diese Frage muss differenziert ausfallen und die unterschiedlichen Erscheinungsebenen des gemeinten Phänomens unterscheiden.

Dabei soll zunächst auf die Gewaltdimension eingegangen werden: Die Ausführungen zu einschlägigen Handlungen machten deutlich, dass man sehr wohl von einem hohen Potenzial sprechen kann. Es ist aber begrenzt hinsichtlich der Gewaltintensität auf Körperverletzungen; Attentate wie im Linksterrorismus hat es nach dessen Niedergang nicht mehr gegeben. Gleichwohl agieren Autonome mitunter so, dass sie erhebliche Körperverletzungen bis hin zu möglichen Todesfolgen einkalkulieren. Das Gefahrenpotenzial ihrer Gewaltanwendung besteht aber nicht nur in dieser Hinsicht. Durch derartige Handlungen diskreditieren sie demokratische und friedliche Protestbewegungen, die auf bedenkliche Entwicklungen in Ökonomie und Politik aufmerksam machen wollen. Aber auch jenen mangelt es gegenüber Autonomen mitunter an einer klaren Distanzierung.

Eine andere Ebene des Gefahrenpotenzials ist die Wahlkandidatur. Hier besteht jedoch ein klares Bild, denn die linksextremistischen Parteien können keine Parlamentseinzüge verzeichnen. Noch nicht einmal Achtungserfolge gibt es bei einschlägigen Kandidaturen,

bleibt man doch meist unter 0,3 % der Stimmen. Demgegenüber stellen extremistische Bestrebungen in der Partei „Die Linke“ ein Problem dar, was nicht nur für einschlägige Foren und Plattformen gilt. Es gibt hohe Funktionsträger und Parlamentsangehörige, die mit linksextremistischen Gruppierungen in unterschiedlichem Maße kooperieren. Dies wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei kaum problematisiert. Will „Die Linke“ als demokratische Partei wahrgenommen werden, sollte sie diesbezügliche Abgrenzungen und Klarstellungen vornehmen. Dies gilt auch und gerade gegenüber den Autonomen, die eben nicht nur gesellschaftskritisch, sondern gewaltorientiert sind. Dazu fehlt ein kritisches Bewusstsein in der Partei, wo derartige Fragen tabuisiert werden.

Und schließlich sei noch die gesamtgesellschaftliche Ebene angesprochen: Während in den 1970er- und 1980er-Jahren eine große Aufmerksamkeit für den Linksextremismus in der Öffentlichkeit bestand, ging diese in den folgenden Jahrzehnten immer mehr zurück. Dafür gab es nachvollziehbare Gründe, war doch das Gefahrenpotenzial des Islamismus (siehe Kapitel 2.2) und Rechtsextremismus (siehe Kapitel 2.1) höher. Dies bedeutet aber nicht, dass der Linksextremismus keine Relevanz mehr hat. Hinzu kommt noch ein anderer Gesichtspunkt: Die Anhänger dieses politischen Lagers greifen mitunter reale politische und soziale Probleme auf. Damit versuchen sie, in die breitere Gesellschaft hineinzuwirken und sich etwa als die konsequentesten Gegner des Rechtsextremismus zu geben. Der dabei artikulierte „Antifaschismus“ dient ihnen zur Selbstlegitimation. Indessen geht hier die Einsicht verloren, wonach die Ablehnung des Faschismus nicht ein Bekenntnis zur Demokratie bedeuten muss. Autonome sollten daher keine Bündnispartner für Demokraten sein.

Die vorstehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass es sich bei dem beschriebenen Linksextremismus um ein komplexes Phänomen handelt. Zwar spricht die den Gruppierungen gemeinsame Frontstellung, die sich gegen die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft im Namen von „sozialer Gleichheit“ richtet, für eine Sammelbezeichnung im genannten Sinne. Gleichwohl dürfen die internen Differenzen in diesem politischen Lager nicht ignoriert werden: Dies gilt nicht nur für die ideologische Ausrichtung in den erwähnten Bereichen, sondern auch für die jeweiligen Handlungsstile und die soziale Zusammensetzung. Das wäre insbesondere gegenüber den behandelten Autonomen hervorzuheben, welche aufgrund ihres bewegungs förmigen Charakters kein in sich homogenes Phänomen darstellen. Hier bedarf es auch der Differenzierung, wenn über die Frage von Präventionsmaßnahmen nachgedacht wird. Diese können und müssen sich in der Ausrichtung je nach konkreter Zielgruppe deutlich unterscheiden.

Literatur

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2003): Bd. 15, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2008): Bd. 20, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2015): Bd. 27, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe (2017): Organisationen 2016. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 119- 135.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2017): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2019): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 31. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Baron, Udo (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen. Wohin steuert die autonome Bewegung? In: Pfahl-Traughber (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl, S. 59-79.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem. Deutschlands unterschätzte Gefahr? Paderborn, Schöningh Verlag.
- Bigalke, Rudi (2004): Das antideutsche Spektrum zwischen realpolitischer Lobbyarbeit und Ideologiekritik. Die Kampagne „Stop the Bomb“, in: Backes, Uwe, /Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2015): S. 137-153.
- Blank, Bettina (2019): Die Rote Hilfe e. V. – eine selbstlose Betreuungsorganisation für Straftäter?. In: Backes/Gallus/Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 31. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Brandt, Peter (2017): „Trotzkismus“ in Deutschland in seinem internationalen Kontext – historischer Abriss bis in die Gegenwart. In: Backes, Uwe/ Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 29. Baden-Baden, Nomos Verlag, 2017, S. 69-95.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.) (2007): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank (2018): Die Organisation der LINKEN. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/die-linke/42135/organisation>.
- Dietel, Wilhelm/Hirschmann, Kai/Tophoven, Rolf (2006): Deutschland: Revolutionäre Zellen, Rote Zora und Antimperialistische Zellen. In: Das Terrorismuslexikon: Täter, Opfer, Hintergründe. Frankfurt am Main, Eichborn AG. .
- Dovermann, Ulrich (Hrsg.) (2011): Linksextremismus in Deutschland. Bonn, BpB.
- Drechseler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.) (2003): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 10. neubearbeitete und erweiterte Auflage. München, Verlag Franz Vahlen.
- Fülberth, Georg (1990): KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn, Distel Verlag.
- Fraude, Andreas (2003): Zeitschriftenportrait: Gegenstandspunkt, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Bd. 15, Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 247 - 264.
- Hanloser, Gerhard (Hrsg.) (2004): „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster, Unrast Verlag.
- Haunss, Sebastian (2008): Antimperialismus und Autonomie - Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Soziale Bewegung in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main und New York, Campus Verlag, S. 447-474.

- Hirscher, Gerhard/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.) (2008): Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland. Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.
- Hüllen, Rudolf van (2007): Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 329-331.
- Hüllen, Rudolf van (2014): Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33618/trotzkisten>
- Jesse, Eckhard (2011): Extremismus in Deutschland. In: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU- Staaten. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-98.
- Langguth, Gerd (1983): Übergangerscheinungen nach dem Zerfall der K- Gruppen. In: Entwicklung, Niedergang, Renaissance; die Neue Linke seit 1968. Köln, Verlag Wissenschaft und Politik.
- Moreau, Patrick/Lang, Jürgen (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr. Bonn, Bouvier Verlag.
- Müller-Enbergs (2008): Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, S. 167-184.
- Nieder Mayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin (2011): „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in Deutschland. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung. S. 163-182.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013a): Die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33628/mlpd>.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013b): PDS/Die Linke, In: Nieder Mayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, Springer VS, S. 541-562.
- Pfahl-Traughber, Armin (2014a): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden, Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin (2014b): Die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert des ehemaligen Interventionsapparates der SED. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Online Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33621/dkp>.
- Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl/Rheinland.
- Pfahl-Traughber, Armin (2017): Autonome und Gewalt. Das Gefahrenpotenzial im Linksextremismus, BpB. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32 - 33 vom 7. August 2017. Bonn, BpB, S. 28-33.
- Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2013): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle, Deutsches Jugendinstitut e. V.
- Siemens, Anne (2007): Die Opfer der RAF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1977 und die RAF. 1. Oktober 2007. Bonn, BpB, S. 40-41.

Quellen

- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (1995): Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Entwicklung der Organisation seit der „Auflösung“ 1991. Bonn.
- Die LINKE, Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE; online aufrufbar unter: <https://kpf.die-linke.de/start/>.

- Die LINKE, Zusammenschlüsse; online aufrufbar unter: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/zusammenschlusse/>
- Marxistisches Forum: Über das Marxistische Forum; online aufrufbar unter: <https://marxistisches-forum.com/eine-seite/>
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2009): Linke Gewalt in Berlin 2003-2008, Berlin.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.) (2015): Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin.
- Verfassungsschutzbericht (2017): Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD). Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.). Berlin.
- Verfassungsschutzbericht (2017): Marx 21. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hrsg.). Berlin. S. 160.

Bildquellen

- „Autonome Antifa“ nutzt überwiegend die rote/schwarze Flagge: Autonome Antifa, <https://autonome-antifa.net/wp-content/uploads/2019/11/autonome-antifa-w-radikale-linke-wien.png>.
- Bewegung 2. Juni: Die Bewegung 2. Juni, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=2798943>.
- Bild mit Transparent der Antideutschen (Nie wieder Deutschland): Irmel Hirsch, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anti-German_communist_protesters_in_Frankfurt_in_2006.jpg), „Anti-German communist protesters in Frankfurt in 2006“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>.
- Gegenstandpunkt (Cover Zeitschrift): Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Cover Zeitschrift: „Gegenstandpunkt 4-19“, 20.12.2019.
- Marx21: Redaktion Marx21, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marx21.gif>), „Marx21“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>.
- Revolutionäre Zellen: Revolutionäre Zellen, vectorized by user:freemesm https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Revolutionäre_Zellen.svg), „Revolutionäre Zellen“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>.
- Rote Hilfe e.V.: Rote Hilfe e.V., <https://rote-hilfe.de/downloads1/category/12-logos>.
- Sozialistische Alternative (SAV): Sozialistische Demokratie e.V.: <https://www.facebook.com/SAVSozialistischeAlternative/photos/a.366111393485838/2396204457143178/?type=1&theater>.

Postautonome

Udo Baron

Seit geraumer Zeit leidet die autonome Szene unter internen Streitigkeiten, zunehmender Zersplitterung und einer hohen Fluktuation. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und theoretische Orientierungslosigkeit. Sie haben die Autonomen in eine substanzielle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Als Reaktion auf die seit Jahren zunehmende interne Kritik an ihrer Theorieferne, ihrer Unorganisiertheit und ihrer Selbstbezogenheit, haben einige von ihnen damit begonnen, sich zu organisieren und zu vernetzen, um so die autonome Szene nachhaltig zu verändern.

Vor diesem Hintergrund entstanden in den letzten Jahren undogmatische Zusammenschlüsse wie die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Bündnis „ums Ganze!-kommunistische Bündnis“ (uG). Ihre Wurzeln haben diese sich als postautonom verstehenden Organisationen im klassischen autonomen Spektrum, können aber nicht mehr als deren Bestandteil angesehen werden. Mit dem Präfix „post-“ drücken sie aus, dass sie grundlegende Merkmale der Autonomen infrage stellen und überwinden wollen. So werfen Postautonome den „klassischen“ Autonomen, d. h. den organisations- und hierarchiefeindlichen und eher ideologiefernen Linksextremistinnen und -extremisten, ein reduziertes und instrumentelles Theorieverständnis vor. Deren plan- und deswegen perspektivlose Vorgehensweise verhindere durch die beliebige Aneinanderreihung von Kampagnen und die Fetischisierung von Militanz eine wirklich revolutionäre Politik. Postautonome wollen dagegen innerhalb des autonomen Spektrums eine Politik der strategischen Bündnisorientierung betreiben, zu der revolutionäre und moderate Linke gehören und in der sie für eine Politik des Bruchs mit dem Kapitalismus eintreten.

Selbstverständnis

Die sich als postautonom verstehenden Gruppierungen kennzeichnet, ebenso wie die „klassischen“ Autonomen, ein aus marxistischen und anarchistischen Elementen bestehendes Weltbild mit den Zielen einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Auch für Postautonome steht die Eigentumsfrage im Zentrum, da für sie ohne die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln keine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich erscheint. Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen sind sie aufgeschlossen für unterschiedliche linksextremistische Weltbilder und somit ideologisch eher undogmatisch. Die von ihnen angestrebte Revolution verstehen sie als „einen dialektischen Bewusstseins- und Lernprozess, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muss.“ Sie soll kein abrupter Vorgang, sondern eine Art Transformation der bestehenden Ordnung sein und somit ein langfristiger und komplexer Prozess, dem „viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“⁴⁶

Das postautonome Feindbild unterscheidet sich nicht von dem des „klassischen“ Autonomen. Der Staat ist auch für Postautonome „nackte Gewalt, Repression, Faschismus.“ Neben den Rechtsextremistinnen und -extremisten ist die Polizei als Repräsentant des verhassten Staates der „Feind Nr. 1 aller Autonomen“. Die in der autonomen Szene seit Beginn der 1990er-Jahre geführten Militanz- und Organisationsdebatten seien im postautonomen Verständnis daher als Indikator dafür zu werten, dass es autonomer Politik

⁴⁶ Interventionistische Linke 2019.

an Homogenität mangle und aus dieser strukturellen Krise die oftmals misslingende Vermittelbarkeit linksextremistischer Aktionsformen herrühre. Als Antwort auf diese Entwicklung versuchen Postautonome gegen Widerstände aus dem autonomen Spektrum, das eigene Handeln zu organisieren und zu vernetzen.⁴⁷

Strukturen

Die autonome Szene ist nicht homogen, sondern differenziert sich in zumeist lose organisierte Gruppierungen ohne einheitlichen ideologischen Überbau. Formell lehnen Autonome Organisationsstrukturen und Führungspersönlichkeiten ab. Sie organisieren sich zumeist über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte bzw. projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind. Das wiederum schränkt ihre Handlungsfähigkeit und öffentliche Wahrnehmung ein und führt dazu, dass sich entsprechende Zusammenschlüsse oftmals so schnell wieder auflösen, wie sie entstanden sind. Postautonome sehen in diesen Zuständen die Ursache für die autonome Krise. Im Gegensatz zu den Autonomen ist ihre Vorgehensweise langfristig angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Dazu gehört eine breit angelegte Bündnispolitik bis in das demokratische Spektrum der Gesellschaft. So wollen Postautonome strategische Bündnisse mit Autonomen und aktionsbezogene Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum schließen. Über die gezielte Zuspitzung aktueller (Krisen-)Themen wollen sie möglichst viele Personen mit einbeziehen und mittelfristig radikalisieren. Gezielt versuchen Postautonome, bei politisch aktuellen Themen zu intervenieren und sie mit ihrer ideologischen Agitation zu besetzen. So waren sie an zentraler Stelle an der Organisation der Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) in Frankfurt am Main im März 2015 oder an der Vorbereitung und Durchführung der Protestaktionen gegen den G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli 2017 beteiligt.

Eine gewisse Offenheit und Transparenz sowohl in ihrem politischen als auch persönlichen und ideologischen Auftreten ist für dieses Agieren wesentlich. Zugute kommt den Postautonomen dabei, dass sie, im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen, in der Regel lebensälter, zumeist gut ausgebildet und oftmals beruflich etabliert sind. Das wiederum ermöglicht es ihnen, vielfältige Netzwerke bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein zu knüpfen und diese für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.⁴⁸



Linksautonome in Berlin – No-Go-Area für Polizisten

Militanz

Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht jeder von ihnen Gewalt ausübt, so befürworten sie in der Regel deren Einsatz. Als militant gilt dabei nicht nur die oder der aktiv Handelnde, sondern auch die Person, die Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert.

Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach autonomer Auffassung stützenden Rechtsextremistinnen und -extremisten bzw. diejenigen, die Autonome dafür halten, zählen. Um diese zu bekämpfen, halten Autonome alle Widerstandsfor-

⁴⁷ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2016, 13.

⁴⁸ Ebd., 16.

men bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden.⁴⁹

Dem autonomen Verständnis nach üben die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ in Anlehnung an den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürgerinnen und Bürger aus und hindern diese daran, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten. Aus dieser vermeintlichen „Gewalt des Systems“ leiten sie unter Berufung auf den Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse ein Naturrecht auf Gegenwehr ab. Autonome Gewalt versteht sich demzufolge als „Gegengewalt“, d. h. als ein reaktives und somit legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.⁵⁰

Postautonome folgen diesem Ansatz, im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen ist ihr Verhältnis zur Gewalt aber vor allem taktischer Natur. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt. Andererseits betonen sie, es gehe ihnen darum, die Wahl der Mittel entsprechend den eigenen Zielen selbst zu bestimmen. Die Absicht, das demokratische Spektrum als potenziellen Bündnispartner nicht zu verlieren, dürfte für diese Haltung ursächlich sein.⁵¹

„Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist zurzeit das bedeutendste postautonome Bündnis. Es begann damit, dass sich 1999 in einer ersten Phase undogmatische linksextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen in „Beratungstreffen“ zusammenfanden, um nach Wegen zu suchen, die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik zu erhöhen. Gezielt öffnete die IL dann diese Treffen ab 2004 für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum mit dem Ziel, die den Autonomen nahestehenden Strömungen zusammenzuführen.

Im weiteren Verlauf formierte sich die IL zu einem bundesweit agierenden Netzwerk vor allem linksextremistischer, aber auch nichtextremistischer Gruppierungen und Einzelaktivistinnen und -aktivisten. Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11. Oktober 2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss. Zahlreiche autonome Gruppen wie die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) oder das im norddeutschen Raum lange Zeit aktive Bündnis „Avanti-Projekt undogmatische Linke“ sind seitdem in der IL aufgegangen und fungieren nunmehr als eine von bundesweit 30 IL-Ortsgruppen. Andere, wie beispielsweise die „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) aus Göttingen, gehören als eigenständige Gruppierung der IL an.⁵²



Interventionistische Linke



Logo der Antifaschistischen Aktion



Logo oder Transparent der „Avanti-Projekt undogmatische Linke“



„Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.)

49 Vgl. Bergsdorf/van Hüllen 2011, 34.

50 Vgl. Galtung 1982; Marcuse 1966.

51 Vgl. Baron 2016.

52 Vgl. ebd. 72ff.

Folgt man ihrem Zwischenstandspapier, so orientiert sich die IL inhaltlich „am langfristigen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Notwendiger „Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen“, denn um „den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“⁵³

Um anschlussfähig für das demokratische Spektrum zu sein, bemüht sich die IL um ein gemäßigtes äußeres Erscheinungsbild. So geben sich ihre Akteurinnen und Akteure ideologisch bewusst undogmatisch und verzichten bei Demonstrationen auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht weiterhin militant wären. Vielmehr halten sie sich aus taktischen Gründen in der Gewaltfrage zurück. Aus diesem Grunde kann die IL eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, dem dogmatischen Linksextremismus und dem demokratischen Protestpotenzial einnehmen.

Bündnis „... ums Ganze! – kommunistisches Bündnis“ (uG)



Logo oder Banner:
ums Ganze!

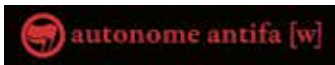
Das uG wurde nach eigener Darstellung 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.“ Ihm gehören verschiedene in erster Linie antideutsch⁵⁴ ausgerichtete Gruppierungen wie „Kritik&Praxis“ aus Frankfurt am Main, die „Redical M“ aus Göttingen, „the future is unwritten“ aus Leipzig oder die „autonome antifa [w]“ aus Wien an.



„Kritik&Praxis“

Wie man der Internetseite des uG entnehmen kann, ist der Kapitalismus seinem Selbstverständnis nach nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern ein umfassendes Herrschaftsverhältnis, dass „in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angelegt (ist) – in der Art und Weise, wie Individuen, Unternehmen und Nationalökonomien sich im Kapitalismus tagtäglich reproduzieren müssen.“⁵⁵ Staat, Kapital und Markt bildeten ein konfliktträchtiges System

gesellschaftlicher Herrschaft, das sich in jeder Alltagssituation manifestiere und sich „nur als Ganzes“ bekämpfen lasse. Der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts stehe deshalb außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz und schütze dessen Voraussetzungen. Um die vom Staat ausgehende Gewalt zu beenden, muss nach Meinung des uG die Herrschaft



„Autonome Antifa“ nutzt überwiegend die rote/schwarze Flagge

von Staat und Kapital sowie „die Form Staat, die diese zwanghafte und konfliktträchtige Ordnung mehr oder weniger autoritär zu regieren und zu steuern versucht“, zugunsten einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft abgeschafft werden.⁵⁶ Das dahin-

53 Interventionistische Linke 2019.

54 Mit Beginn der 1990er Jahre bildete sich mit den sogenannten Antideutschen eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus, die sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus wandte. Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivistinnen und Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der vereinigten Bundesrepublik und eine Rückkehr zum Nationalsozialismus. Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidarisierten sie sich bedingungslos mit dem Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA, woraufhin es zum Bruch mit den übrigen Autonomen kam.

55 „ums Ganze!“ 2018a.

56 Ebd.

ter stehende Kommunismus-Verständnis des Bündnisses bleibt aber trotz ausgedehnter Grundsatzpapiere diffus. Eine negative Abgrenzung erfolgt zwar zum Staatssozialismus à la DDR, der als ein missglücktes Experiment bezeichnet wird, die wiederholte Berufung auf das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels lässt aber auf ein klassisches Marxismusverständnis schließen.

Die weitgehend antideutsche Ausrichtung des uG wird vor allem an seiner auf die Bundesrepublik fokussierten fundamentalen Kritik deutlich. So kritisiert es beispielsweise in einem auf seiner Internetseite publizierten Kampagnenaufwurf „There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem!“ aus dem Juli 2014 die nach seiner Auffassung ständig steigende Dominanz Deutschlands in Europa.⁵⁷ Vor allem der Tag der deutschen Einheit stellt einen besonderen Schwerpunkt medienwirksamer Protestveranstaltungen des uG dar.

Beide postautonomen Bündnisse wirkten an führender Stelle bei der Planung und Durchführung von Protesten gegen politische Großereignisse mit. So mobilisierten 2017 neben den „klassischen“ Autonomen auch die IL und das uG gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Vor allem die IL wirkte in dem „No-G20-Bündnis“ zusammen mit demokratischen Organisationen wie Attac und Parteien wie „Die Linke“ mit und versuchte, die Protestbewegung zu dominieren. Während die bzw. der „klassische“ Autonome vor allem durch Gewaltexzesse auffiel, versuchten Postautonome, an den Gipfeltagen die Zufahrtswege zum Gipfelort und die Hamburger Innenstadt zu blockieren. Dadurch banden sie die Polizeikräfte und schufen so den Raum für autonome Gewalttaten in den Teilen von Hamburg, die von der Polizei kaum mehr zu schützen waren. Auch im Nachhinein haben sich beide Bündnisse weder von den Gewalttaten distanziert noch die daran beteiligten Gruppierungen verurteilt. So heißt es bei der IL mit Blick auf die gewalttätigen Aktionen: „Wir haben schon vorher gesagt, dass wir uns nicht distanzieren werden und dass wir nicht vergessen werden, auf welcher Seite wir stehen.“⁵⁸



Transparent des No-G20 aus Hamburg

Ausblick

Die Entwicklung innerhalb der autonomen Szene zeigt, dass sich diese seit geraumer Zeit in einer inhaltlichen und strukturellen Krise befindet. Zunehmende Vernetzungsbestrebungen von Teilen der Autonomen deuten aber auf einen möglichen Wandel innerhalb dieses Spektrums zu einem höheren Grad der Organisation und Vernetzung hin. Dieser postautonome Ansatz könnte der Königsweg hinsichtlich einer erfolgreichen Neuorientierung des autonomen Spektrums sein.

Ob sich die Postautonomen innerhalb des autonomen Spektrums durchsetzen können, darf aber durchaus bezweifelt werden. Ist doch ihr Ansatz höchst umstritten, da er dem autonomen Selbstverständnis zuwiderläuft. Sollte sich die, bzw. der „klassische“ Autonome behaupten, so wird sich höchstwahrscheinlich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der autonomen Szene bis hin zu ihrer Marginalisierung und Bedeutungslosigkeit fortsetzen. Verstetigt sich dagegen die Entwicklung in Richtung der Postautonomen,

⁵⁷ „ums Ganze!“ 2018b.

⁵⁸ *Interventionistische Linke* 2018.

so könnten sich „klassische“ Autonome in vernetzte, organisierte und ideologisch aufgeladene Postautonome wandeln. Dadurch könnte sich die Schlagkraft der autonomen Szene deutlich erhöhen und die postautonome Bewegung langfristig zu einer Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat werden (siehe folgenden Beitrag von Deycke und Micus).

Literatur

- Baron, Udo (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen. Wohin steuert die autonome Bewegung? In: Pfahl-Traughber (Hrsg.) (2016): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II). Brühl/Rheinland, S. 59-79.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?. Paderborn, Schöningh.
- Galtung, Johan (1982): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Marcuse, Herbert (1966): Repressive Toleranz. In: Wolff, Robert Paul/Moore, Barrington/Marcuse, Herbert: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt, Suhrkamp Verlag, S. 127.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2016): Vom Autonomen zum Postautonomen? Autonome in Bewegung, 3. Auflage. Hannover.

Quellen

- Interventionistische Linke (2018): Die rebellische Hoffnung von Hamburg, In: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg>, (eingesehen am 2. Dezember 2018).
- Interventionistische Linke (2019): IL im Aufbruch: ein Zwischenstandspapier. Verlag Interventionistische Linke.
- „ums Ganze!“ (2018a): Über uns, <http://umsganze.org/ueber-uns> (gelesen am 4. Dezember 2018).
- „ums Ganze!“ (2018b): There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem! Ein Kampagnen-Aufruf von ... ums Ganze!, <http://umsganze.org/there-is-an-alternative/> (gelesen am 3. Dezember 2018).

Bildquellen

- Interventionistische Linke: Interventionistische Linke, <https://www.facebook.com/InterventionistischeLinke/photos/a.613811391977488/3931348570223737/?type=1&theater>.
- Linksautonome in Berlin – No-Go-Area für Polizisten: © dpa.
- Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Antifaschistische Linke International, <https://tinyurl.com/w9797eg>.
- „Kritik&Praxis“: kritik&praxis, https://pbs.twimg.com/profile_images/486989975955595267/KcZWwiQY.jpeg.
- Logo oder Banner ums Ganze!: Ums Ganze, <https://antifa-ak.org/wp-content/themes/ak2013/images/umsganze.png>.
- Logo oder Transparent der „Avanti-Projekt undogmatische Linke“: Avanti-Projekt undogmatische Linke, <https://tinyurl.com/u9bb74m>.
- Transparent des No-G20 aus Hamburg: © dpa.

Die Radikale Linke und die Organisationsfrage

Alexander Deycke, Matthias Micus

Für Jahrzehnte schien die Sache eindeutig: Der überwiegende Teil der radikalen Linken in Deutschland, der sich nicht in einem der starren Theoriegebäude marxistisch-leninistischer Herkunft häuslich eingerichtet hat, orientiert sich an dem Leitbegriff der Autonomie und steht jeder Art von formalisierter Organisation, die über basisdemokratisch verfahrenende lokale Kleingruppen hinausgeht, kritisch gegenüber.

Doch spätestens seit den Protesten gegen den G-8 Gipfel in Heiligendamm zeichnet sich in der undogmatischen radikalen Linken ein Trend zu verbindlicheren Organisationsansätzen ab. Mit der „Interventionistischen Linken“ (IL) und dem „...ums Ganze!“-Bündnis (uG) entstanden zwei sogenannte postautonome Organisationen, deren Langlebigkeit und überregionale Ausdehnung hervorstechen in einer ansonsten von Zersplitterung geprägten Szene. Obwohl deren Mitgliederzahl den Angaben der Verfassungsschutzberichte zufolge relativ überschaubar zu sein scheint,⁵⁹ prägen sie vor allem durch ihre oftmals federführende Mitwirkung an Protestgroßereignissen wie zuletzt anlässlich des Hamburger G-20 Gipfels im Juli 2017 oder ausdauernde Kampagnen wie „Ende Gelände“ und „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) die öffentliche Wahrnehmung linker Radikalität in der Bundesrepublik.

Besonders die IL verbindet mit festeren Strukturen eine Strategie der Radikalisierung szeneechter Protestakteurinnen und -akteure. Durch Engagement und Kampagnen in Themenfeldern, die breitere Gesellschaftskreise bewegen, sowie die Offenheit für zivilgesellschaftliche Bündnisse soll Überzeugungsarbeit für die Notwendigkeit eines Systemwechsels geleistet werden. Diese Entwicklungen geben erfahrenen Beobachterinnen und Beobachtern Anlass zu der Sorge, dass, sollten sie sich vertiefen und fortsetzen, möglicherweise mit einer neuen, „nicht zu unterschätzenden Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat“,⁶⁰ also mit einer gesteigerten Potenz linksradikaler Aktivitäten, zu rechnen sei. Doch geht die Gleichung grundsätzlich auf, dass ein höherer Grad der Organisation automatisch einhergeht mit – je nach Blickwinkel – gesteigerten Chancen zur Überwindung der oder zunehmenden Gefahren für die Stabilität des bestehenden politischen Systems?

Helmuth Lethen, Literaturwissenschaftler und einstmals Mitglied der maoistischen KPD-AO, hat die These aufgestellt, dass die sektenartigen K-Gruppen der politisch emotional aufgeheizten Siebzigerjahre eine gesamtgesellschaftlich betrachtet stabilisierende Rolle gespielt und „dass sie der objektiven Funktion der Staatserhaltung“⁶¹ gedient hätten. Revolutionäre Energien, die um 1968 herum freigesetzt worden seien, seien durch die Apparate der ML-Bewegung absorbiert worden: „Der Apparat war ein selbstdestruktiver Trichter, der Bewegungsenergien im Selbstlauf von Wiederholungen im Inneren verschlang.“⁶² Anstatt Revolution zu machen, verstrickten sich die K-Gruppen in „symbolische Praktiken“ wie monatelange Demonstrationsplanungen und die gegenseitige Kontrolle der

59 Dem Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zufolge weisen die postautonomen Strukturen von IL und uG einen Mitgliederstand von rund 1.330 Personen auf, während die Gesamtheit der „Autonomen“, bzw. der „gewaltorientierten Linksextremisten“ mit rund 7.400 Personen angegeben wird. Vgl. Verfassungsschutzbericht 2018, 118 ff.

60 Baron 2016, 78.

61 Lethen 2012, 18.

62 Ebd.

Genossinnen und Genossen, die permanent zu letztlich fruchtloser Aktivität angehalten wurden und stetig Gefahr liefen, des Revisionismus oder Abwechslertums überführt und nach zermürenden Verfahren ausgeschlossen zu werden.

In Bezug auf die Sozialdemokratie des Kaiserreiches, die die mitgliederstärkste sozialistische Partei ihrer Zeit und Vorbild für marxistische Bewegungen allerorten war, ist ein in der Wirkung ähnlicher Mechanismus festgestellt worden: „Der ‚Organisationspatriotismus‘; (...) der schließlich die Einheit der Bewegung und die Erhaltung der Organisationen zum höchsten politischen Wert erhob und sich durch die Zweck-Mittel-Vertauschung zum Organisationsfetischismus umbildete, trug allerdings auf indirektem Weg zur Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft bei.“⁶³

Darauf, dass die Gründung der Organisation nicht nur neue Kräfte freigesetzt zu haben scheint, sondern ebensolche Kräfte bindet, deutet auch das zusammenfassende Urteil zweier ehemaliger Mitglieder in der Zeitschrift *Arranca* hin: „Vor Ort in Berlin erweist sich der bereits in den letzten Jahren enorm gestiegene Arbeitsaufwand, der mit der Pflege einer bundesweiten Struktur und der damit korrelierenden Bauchnabelschau einhergeht, schon jetzt eher als Bremse für interventionistische Politik.“⁶⁴ „Wir waren hauptsächlich damit beschäftigt, Gremien zu besetzen, Bündnistreffen zu besuchen, bei Demonstrationen und Kampagnen zu unterstützen, Projekte anderer Arbeits- und Ortsgruppen abzunicken und eigene Projekte im Plenum zu präsentieren. Soziale Kämpfe wurden zu einer Nebenbeschäftigung.“⁶⁵

Es liegt zudem nahe, dass längerfristig orientierte radikale politische Organisationen wie die oben genannten postautonomen Gruppierungen, die auf Mitgliederzuwachs abzielen und Koalitionen mit anderen zivilgesellschaftlichen Aktiven oder zumindest eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit anstreben, nicht selten einem Sachzwang der relativen Mäßigung unterliegen. Schließlich stellen sichtbare Strukturen und sich offen bekennende Mitglieder denkbar leichte Ziele für die Strafverfolgungsbehörden dar, sollten sich Anhaltspunkte für das Vorliegen krimineller oder gar terroristischer Vereinigungen bieten. Schwedische Forscher kamen jüngst in einer Studie über präventive Maßnahmen in der linksradikalen Szene Schwedens zu dem Schluss, dass unter anderem Szenegrenzen überschreitende Kooperationen – eine Kernstrategie insbesondere der IL – im sechsjährigen Untersuchungsraum eine Abnahme von Gewalt mit sich gebracht hätten.⁶⁶

Doch ist das nicht der einzige Grund, warum die undogmatische radikale Linke – ungeachtet jüngster Trends zur Postautonomie und durchaus gegebener Erfolge – mit festeren Zusammenschlüssen hadert. Die Skepsis gegenüber institutionalisiertem Kollektivhandeln hat eine lange Tradition; die Frage nach der geeigneten Form der Organisation auf dem Weg zur sozialen, politischen und ökonomischen Umwälzung beschäftigt die radikale Linke seit ihren Ursprüngen. Hat die Form der Organisation in erster Linie zweckdienlich mit Blick auf den gewaltsamen Umsturz zu sein? Soll sie auf den politischen Wettbewerb im verhassten „bürgerlichen“ Staat hin ausgerichtet sein? Oder soll sie vor allem Prinzipien und Strukturen der Zukunftsgesellschaft in der Gegenwart vorwegnehmen? Unterschiedliche Antworten auf die Organisationsfrage waren – und sind es bis in die Gegenwart – stets verbunden mit unterschiedlichen Vorstellungen in Bezug auf die

⁶³ Groh 1973, 59.

⁶⁴ DSAN 2015.

⁶⁵ Zweiter Mai 2016.

⁶⁶ Vgl. Wennerhag/Jämte, 19.

Gegenwartsanalyse, das revolutionären Subjekt, das Menschenbild und die Vorstellungen vom Transformationsprozess.

Die zerfallende 68er-Bewegung bzw. deren studentische Schrittmacherinnen und Schrittmacher knüpften an Diskussionen längst erdachter Organisationsmodelle an und spalteten sich nach Auflösung des SDS organisatorisch entlang historischer Konfliktlinien. Hier das leninistische Modell der dogmatischen Avantgardepartei in den maoistischen und auch zuweilen stalinistischen K-Gruppen sowie der DKP – dort die antiautoritären basisdemokratischen Lokalgruppen und ideologisch flexibleren Spontis, die an linkskommunistische und bald an anarchistische Ideen anknüpften.

Da erfolgreiche „wilde Streiks“ im Jahr 1969 Hoffnungen auf die Möglichkeit einer proletarischen Revolution geweckt hatten, verfolgten beide Zerfallsprodukte der APO zunächst mit den „Betriebsinterventionen“ eine gleichartige Strategie – wobei sie sich freilich in deren praktischer Umsetzung wie auch in ihren Vorstellungen von den zeitgenössischen Arbeiterinnen und Arbeitern beträchtlich unterschieden. Zugleich zeigten sich neben naheliegenden Differenzen auch überraschende Gemeinsamkeiten zwischen Spontis und K-Gruppen. Während die frühen Spontis für sich beanspruchten, der Arbeiterschaft lediglich Impulse für die revolutionäre Selbstorganisation zu geben, wodurch diese „die ihrer historischen Situation angemessene (...) Organisationsform“⁶⁷ eigenständig würde finden können, bildeten die Sponti-Gruppen des „Revolutionären Kampfes“ in Frankfurt oder der „Proletarischen Front“ in München nach innen recht straffe, von Disziplin, Auslese und informellen Hierarchien geprägte (Kader-)Organisationsformen aus.⁶⁸

Mit diesen standen sie ihren K-Gruppen-Genossen manchmal näher als angenommen, obwohl sie im Unterschied zu diesen keine nationale Organisation anstrebten. Da sie sich als radikale Gegner des Staates sahen und auch dessen sozialistische Gestalttransformationen in Moskau sowie Peking, Albanien und Kambodscha strikt ablehnten, kam auch die Form einer politischen Partei – ebenfalls im Gegensatz zu den K-Gruppen – für sie nicht infrage. Doch erst nachdem die Spontis ihre Aktivitäten auffächerten (Stadtteilarbeit, Häuserkampf, Frauenbewegung), womit auch die Grenzen zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“ verschwammen, verloren ihre Organisationsstrukturen nachhaltig an Verbindlichkeit und zerfaserten in ein gegenkulturelles Milieu.⁶⁹

Die Autonomen, die um den Dekadenübergang von den Siebziger- zu den Achtzigerjahren auf der Bildfläche erschienen und sich in so manchem Aspekt (Militanz, Dezentralität) als Erbinnen und Erben der Spontis betrachteten, schrieben deren seit Mitte der Siebzigerjahre verstärkten Trend („Das Private ist politisch“, „Politik der ersten Person“) linksradikaler Politik fort. Die im Zeitverlauf variierenden theoretischen Bezüge und gesellschaftlichen Analysen „der“ Autonomen waren – und sind – indes frappierend irreführend und schillernd („Wir haben alle einen ‚diffusen Anarchismus‘ im Kopf“)⁷⁰ und in jedem Fall kaum als Handlungsanleitung geeignet, sodass den Autonomen der Ruf der Theorielosigkeit und Tatorientierung vorauseilt.

67 Kapser 2018, 85.

68 Ebd., 97f.

69 Ebd., 155.

70 Thesen zur autonomen Bewegung von 1981 (ebenso zwei bearbeitete Varianten der 1980er- und 1990er-Jahre), zit. nach: Kongreßlesebuchgruppe 1995, 276.

Weder über die Zukunftsgesellschaft noch über den Transformationsprozess besteht Klarheit, festzustehen scheint allenfalls, dass selbstbestimmtem Leben und der Selbstveränderung der bzw. des Einzelnen eine hohe Bedeutung für die Überwindung der zahlreichen gesellschaftlichen „Widersprüche“ beigemessen wird. Dadurch, dass ein klares Ziel fehlt, fehlt auch ein Maßstab für erfolgreiche autonome Politik. Hochphasen und Krisen ebenso wie Stärken und Schwächen der autonomen Bewegung werden von ihren Aktiven immer wieder kontrovers diagnostiziert.

Der Infrastruktur lokaler links-alternativer Szenen – also selbstverwalteter Szenekneipen und Jugendzentren, aber auch linker Buch- und Infoläden sowie Wohnprojekten als Orte, an denen Informationen ausgetauscht und anlass- oder gruppenbezogene Versammlungen abgehalten werden – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, die netzwerkartige autonome Bewegungsstruktur aufrecht zu erhalten. Gleiches galt für Zeitschriftenprojekte wie die *radikal* oder die *interim*, bevor Onlinepublikationen und -plattformen deren Funktion übernahmen.

Gruppenaktivitäten ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit thematischen Konzentrierungen im autonomen Antifaschismus; die Gruppen handeln konspirativ, allein vertrauensvolle persönliche Bekanntschaften bzw. Freundschaften ermöglichen die Kontaktaufnahme. Die Koordinierung der unterschiedlichen Gruppen einer Stadt erfolgt – wenn sie denn stattfindet – in gruppenübergreifenden Versammlungen. Regional und überregional finden gelegentlich Kongresse zur Vorbereitung von Kampagnen oder zur Selbstvergewisserung statt.⁷¹ In einem frühen Selbstverständigungsdokument der Autonomen heißt es:

„Wir haben keine Organisierung an sich. Unsere Organisationsformen sind alle mehr oder weniger spontan. Besetzerrat, Telefonkette, Autonomen-Plenum, und viele viele kleine Gruppen, die sich entweder kurzfristig zusammensetzen, um irgendwelche actions zu machen, auf Demos zusammen sind, etc. und langfristige Gruppen, die Sachen wie radikal, Radio Utopia oder irgendwelche ganz illegale actions machen. Es gibt keinerlei festere Strukturen wie Parteien etc., auch keinerlei Hierarchie. Die Bewegung hat z. B. bis heute noch keinen einzigen Exponenten hervorgebracht wie z. B. Negri, Dutschke, Cohn-Bendit, etc.“⁷²

In ihrer Entstehungsphase grenzten sich die Autonomen im linksradikalen Spektrum nach zwei Seiten ab: auf der einen Seite gegenüber der Alternativbewegung, die in dieser Zeit in der Grünen Partei einen Weg fand, ihre Interessen innerhalb des bestehenden Systems durchzusetzen, auf der anderen Seite gegenüber den – schon im Zerfall befindlichen – streng hierarchisch organisierten und dogmatischen K-Gruppen.⁷³ Letztere stellen auch nach Jahrzehnten immer noch die organisationspolitische Negativfolie schlechthin dar, von der sich jede Form der Institutionalisierung kollektiven Handelns zu unterscheiden habe.⁷⁴

Doch gleichzeitig dürften die Klagen über die (Nicht-)Organisation der Autonomen fast genauso alt sein wie die Bewegung selbst. In einem Reader-Beitrag für die Libertären Tage 1987 wird „die ganze Schwäche und asthmatische Kurzlebigkeit autonomer Politik“⁷⁵ beklagt. „Wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt“⁷⁶ hangele man sich. Viele the-

71 Vgl. Haunss 2013, 26–42.

72 Thesen zur autonomen Bewegung von 1981, zit. nach: Kongreßlesebuchgruppe 1995, 275.

73 Vgl. Haunss 2013, 27.

74 DSAN 2014.

75 Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe 1987, 17.

76 Ebd., 11.

menbezogene Gruppen zerfielen bereits nach wenigen Monaten wieder, es fehlte an Kontinuität, um nicht immer die gleichen Fehler zu wiederholen, wie auch an klaren, längerfristigen Zielen der zu oft subjektiven Gefühlen Ausdruck verleihenden autonomen Gewalt.

Auch wird festgehalten, dass die lockeren Strukturen informelle Hierarchien zuweilen eher förderten als verhinderten. Man kam also zu dem Schluss: „Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrhythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muss.“⁷⁷

Sebastian Haunss kam in einer Analyse der zwischen 1988 und 2001 erschienenen Ausgaben der Berliner Autonomenzeitschrift *interim* zu dem Ergebnis, dass Organisations- und Selbstverständnisdebatten das am häufigsten behandelte Thema aller Beiträge waren, dicht gefolgt vom Thema Geschlechterverhältnisse.⁷⁸ Erstaunlicherweise, so sein Befund, brandete Kritik an der Organisationsfeindlichkeit der Autonomen zu Beginn der 1990er-Jahre in einer Phase vergleichsweise hoher Mobilisierungskraft auf.⁷⁹ Wieder wurden die Kampagnenpolitik und die fehlende Lernfähigkeit, aber auch die Isolierung der Autonomen vom Rest der Gesellschaft kritisiert. Gleiches galt für die Einseitigkeit der Autonomen, die allein die persönlichen Erfahrungen und Empfindungen zum Ausgangspunkt für politisches Handeln mache und einer Analyse der objektiven Verhältnisse im Wege stehe.

Als Gegenentwürfe zur bisherigen Autonomenpolitik entstanden neue Organisationsansätze wie die Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.l.S), die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) und, bereits 1989, die Formation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“. Da sie sich in zahlreichen Aspekten, allem voran in der Organisationsform, von bisherigen autonomen Strukturen abgrenzten, ihnen zugleich aber ebenso durch gemeinsame Themen, Ideen und Praktiken wie auch die Nutzung der selben Szeinfrastruktur verbunden blieben, hat sich für die genannten Gruppierungen und ihre Nachfolger das Label „postautonom“ etabliert.

„Postautonomie“ ist also keineswegs ein aktuelles Phänomen. Auf der rein organisatorischen Ebene unterscheiden die genannten Gruppierungen sich von klassisch autonomen Gruppen in erster Linie durch ihren Anspruch eines überregionalen bzw. nationalen Formats, durch das Streben nach Kontinuität und eine Arbeitsteilung, die durch das breiter gefächerte Aktivitätsspektrum bedingt ist. Aber auch die Postautonomen distanzieren sich scharf vom Modell „politische Partei“.

Informelle Hierarchien sollen mithilfe stark basisdemokratischer Entscheidungsprozesse, des Konsensprinzips sowie gegebenenfalls imperativ mandatierter Delegation und personeller Rotation eingedämmt werden.⁸⁰ Die AA/BO stach dabei hervor, indem sie mit ihrem „revolutionären Antifaschismus“⁸¹ versuchte, einen neuen theoretischen Ansatz linksradikaler Politik zu formulieren und in besonderem Maße auf eine Wahrnehmung ihrer Aktivitäten in der „bürgerlichen“ Presse abzielte. Paradoxerweise wird die ursprünglich scharf kritisierte Kampagnenpolitik durch die Postautonomen dadurch fortgeführt, professionalisiert und ausgebaut.

77 Ebd., 19.

78 Vgl. Haunss 2004, 134.

79 Ebd., 137 u. 139.

80 Vgl. *Autonome Antifa (M)* 1994.

81 Hinter der Formel „revolutionärer Antifaschismus“ verbirgt sich die Vorstellung eines Antifaschismus, der seine Aufgabe nicht nur in einer Zurückdrängung der extremen Rechten sieht, sondern sich dem Kampf gegen das Bündel gesellschaftlicher Verhältnisse (Kapitalismus, Rassismus, Sexismus etc.), die angeblich Faschismus ermöglichen, verschrieben hat. Vgl. Keller 2011, 95 ff.

Die beiden bereits erwähnten großen postautonomen Strukturen der Gegenwart, die Interventionistische Linke und das ...ums Ganze!-Bündnis, entstanden in Auseinandersetzung mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bzw. traten in diesem Zusammenhang erstmals öffentlich in Erscheinung. Im uG-Bündnis fanden sich in erster Linie Antifa-Gruppen zusammen, denen der von der IL organisierte Protest theoretisch zu unreflektiert erschien und die bei letzterer eine gefährliche Nähe zu rechter Globalisierungskritik ausmachten. Die uG-Aktivist:innen begründeten ihre Organisierung mit dem Ziel „einer Kontinuität im politischen Handeln und einer Entwicklung hin zu einer gemeinsamen theoretischen Basis“ und formulierten den Anspruch, „nicht bei blindem Aktionismus stehen zu bleiben“.⁸²

Mit aktuell 13 Mitgliedsgruppen ist uG deutlich kleiner als die IL. Die ...ums Ganze!-Gruppen begreifen sich als „antinationale“ und stehen zivilgesellschaftlichen Kooperationen – etwa der Zusammenarbeit mit NGOs, aber auch Bündnissen mit als reformistisch geschmähten Kräften der radikalen Linken wie der IL – kritisch gegenüber.

Anders die IL, in der unter anderem Avanti und F.e.l.S. aufgingen: Ihr ist an „kurzfristigen taktischen Bündnissen und langfristiger, strategischer Bündnisarbeit“⁸³ gelegen. Sie wendet sich gegen die „zynische Kritik des Bestehenden, die nur kritisiert, ohne Handlungsperspektiven zu öffnen.“⁸⁴ Seit den ersten Schritten zu ihrer Gründung im Jahr 2004 hat die IL ihre Strukturen allmählich verfestigt, von anfänglich losen Treffen verschiedener Gruppen und Einzelpersonen über einen „strukturierten Austausch“ bis hin schließlich „zu einer verbindlichen Organisationsstruktur“.⁸⁵ Sie strebt an, sich von einem Netzwerk zu einer einheitlichen Organisation zu entwickeln, wobei der Diskussionsprozess um die Organisationsfrage kaum als abgeschlossen bezeichnet werden kann.⁸⁶

So treten einige Mitgliedsgruppen noch immer relativ eigenständig auf, firmieren nicht als IL-Ortsgruppe, sondern behalten ältere Gruppenidentitäten bei. Zuweilen finden sich in einer Stadt zwei Mitgliedsgruppen, so in Göttingen und Heidelberg. Laut ihrem Internetauftritt ist die IL in 32 Städten vertreten, doch länger nicht mehr aktualisierte Onlinepräsenzen einzelner Gruppen lassen vermuten, dass diese Zahl nicht dem aktuellen Stand entspricht. Es ist möglich, der IL über einen Verein Spenden zukommen zu lassen.⁸⁷ Emily Laquer, die als IL-Sprecherin nach den G20-Protesten sogar an einer ZDF-Talkshow teilnahm, ist das prominenteste Beispiel für Ansätze einer Re-Personalisierung linksradikaler Politik bei den Postautonomen im Allgemeinen, der IL im Speziellen. Schließlich: Beide großen postautonomen Formationen sind auch in Österreich vertreten, die IL mit zwei, das uG-Bündnis mit einer Mitgliedsgruppe.

Die pauschale Etikettierung von uG als antideutsch und der IL als antiimperialistisch bedarf gleichwohl einer Differenzierung.⁸⁸ So wird bei uG auch beim israelischen Staat keine Ausnahme von der grundsätzlichen Antistaatlichkeit gemacht und der Solidarität mit kurdischen Autonomiebewegungen enthält man sich dort nicht. Prominente

⁸² AK Wantok 2010, 199.

⁸³ Ebd., 209.

⁸⁴ Interventionistische Linke 2014, 19.

⁸⁵ Bernhardt 2019.

⁸⁶ Interventionistische Linke a.

⁸⁷ Interventionistische Linke b.

⁸⁸ Baron 2017.

antideutsche Vordenker äußern sich entsprechend kritisch über uG.⁸⁹ Gleichzeitig gehört Antiimperialismus zwar ohne Zweifel zum heterogenen Theoriekanon der IL und schlägt sich beispielsweise in der Solidarität mit dem venezolanischen Maduro-Regime nieder, ist aber keineswegs die alles erklärende ideologische Brille.

Gerade bei Protestgroßereignissen wie dem Hamburger G20-Gipfel zeigen sich die Dissonanzen zwischen den beiden wichtigsten postautonomen Organisationen, die ihre jeweilige Identität auch durch gegenseitige Kritik und Abgrenzung formen.⁹⁰ Denn in äußerst vagen – um nicht zuzagen: eigentlich nicht existenten – Vorstellungen von einem revolutionären Transformationsprozess⁹¹ oder gar von einer darstellbaren Alternative zur viel kritisierten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung fanden sich bisher wenig Ansatzpunkte für die Schärfung des eigenen Profils.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass sich die Positionierung der Postautonomen zur Gewaltfrage gegenüber „klassisch“ autonomen Haltungen verändert habe und widersprüchlich sei.⁹² IL und uG propagieren einen zivilen Ungehorsam, der sich in erster Linie in Blockadeaktionen äußert. Zu Gewalt wird nicht offensiv aufgerufen, sie wird aber auch nicht grundsätzlich verurteilt. Ausschreitungen wie beispielsweise diejenigen im Hamburger Schanzenviertel am Freitag des G20-Gipfels wurden zwar nicht von postautonomen Gruppen initiiert, gleichzeitig aber auch nicht explizit kritisiert, sondern widersprüchlich bewertet, wobei der Diagnose eines positiven Symbolwerts des Widerstands Klagen über die negativen Auswirkungen für das eigene Wirken (Vertrauensverlust, Isolierung, Ablenkung von Inhalten etc.) gegenüberstanden.⁹³

Es stellt sich angesichts dessen die Frage, ob die Postautonomen eine Scharnierfunktion „zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Linken“ einnehmen und Gewalttätigkeit und deren Akzeptanz Vorschub leisten⁹⁴ oder ob sie eine mäßigende Rolle in der Gewaltfrage spielen.

Abschließend bleibt festzuhalten: Am Drahtseilakt, Hierarchiefreiheit und die Effektivität verbindlicher Organisation in Einklang zu bringen, versucht sich die radikale Linke nicht erst seit der Gründung von IL und uG, ohne dass sich bis heute ein Königsweg abzeichnen würde. Wie in vielen anderen Themenbereichen auch eint die verschiedenen Akteurinnen und Akteure vor allem eine Anti-Haltung, hier diejenige gegen eine zentralistische Parteistruktur.

Zudem ging mit der organisatorischen Festigung bisher keine ideologische einher, sodass wir es nach wie vor mit einer äußert pluralen radikalen Linken zu tun haben. Ob ausgehend von den postautonomen Formationen mit einer zunehmenden linksradikalen Stärke und Gewaltbereitschaft zu rechnen ist, erscheint vor dem Hintergrund der Ausführungen dieses Beitrages aber alles andere als ausgemacht.

89 Vgl. Grigat 2007.

90 Vgl. Kirsche-Humboldt, in: taz vom 20.05.2017.

91 So heißt es bspw. im IL Zwischenstandspapier: „Notwendiger Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen. Um den Weg zu einer breiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“, IL- Zwischenstandspapier, 29.

92 Baron 2016, 71f.

93 Interventionistische Linke c.

94 Baron 2016, 72.

Literatur

- ak wantok (2010): Interview mit AktivistInnen zu gegenwärtigen linksradikalen Organisationsansätzen. In: ak wantok. (Hrsg.) (2010): Perspektiven Autonomer Politik. Münster, Unrast Verlag, S. 199-211.
- Baron, Udo (2017): Linksextremisten in Bewegung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Ausgabe: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/261924/linksextremisten-in-bewegung>.
- Groh, Dieter (1973): Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M., Propyläen, S. 59.
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden, Springer VS.
- Haunss, Sebastian (2013): Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, In: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.) (2013): „Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle, Deutsches Jugendinstitut, S. 26-42.
- Kapser, Sebastian (2018): Das Ende der Utopien. Der Wandel der Spontis in den langen 1970er-Jahren, Freiburg, Quelle: <https://freidok.uni-freiburg.de/fedora/objects/freidok:15229/datastreams/FILE1/content> (eingesehen am 10.07.2019).
- Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemermeyer, Jan (2011): Antifa. Geschichte und Organisierung. Stuttgart, Schmetterling Verlag.
- Kongreßlesebuchgruppe (Hrsg.) (1995): Der Stand der Bewegung. 18 Gespräche über linksradikale Politik. Lesebuch zum Autonomie Kongreß Ostern 1995, Berlin.
- Lethen, Helmut (2012): Suche nach dem Handorakel. Ein Bericht. Göttingen, Wallstein Verlag, S. 18.
- Wennerhag, Magnus/Jämte, Jan: Brottsförebyggande åtgärder mot radikala vänsterrörelser – effekter och erfarenheter, Myndigheten för samhällsskydd och beredskap, 19, Quelle: <https://www.msb.se/RibData/Filer/pdf/28819.pdf> (eingesehen am 15.07.2019).

Quellen

- Autonome Antifa (M): Es war einmal... In: Arranca 5/1994, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/5/es-war-einmal> (eingesehen am 01.10.2019).
- Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe (1987): Stand autonomer Bewegung – Langlauf oder Abfahrt im Sturz, In: Arbeitsmappe für die Libertären Tage in Frankfurt, Broschüre, 11. Digitalisat online einsehbar unter Quelle: <http://www.anarchismus.de/libertaere-tage/lt1987/lt87-arbeitsmappe.pdf> (eingesehen am 01.10.2019).
- Bernhardt, Markus (2019): „Viel Luft nach oben, der Wut Ausdruck zu verleihen“. Gespräch mit Mischa Aschmoneit. In: jungewelt.de vom 26.01.2019, Quelle: <https://www.jungewelt.de/artikel/348044.interventionistische-linke-viel-luft-nach-oben-der-wut-ausdruck-zu-verleihen.html>.
- DSAN (2014): Teil einer Jugendbewegung sein. IL-Zwischenstandspapier, Broschüre 2014, 15, Quelle: http://fels.nadir.org/multi_files/fels/il-zsp-1c-32s-a5-sm.pdf, eingesehen am 18.07.2019.
- DSAN (2015): Teil einer Jugendbewegung sein. Das im IL-Zwischenstandspapier avisierte Parteimodell folgt anachronistischen Vorstellungen von linker Organisation. In: Arranca 48/2015, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/48/teil-einer-jugendbewegung-sein> (eingesehen am 01.10.2019).
- Grigat, Stephan (2007): Ganz und gar nicht ums Ganze. In: jungle world 47/2007, Quelle: <https://jungle.world/artikel/2007/47/ganz-und-gar-nicht-ums-ganze> (eingesehen am 18.07.2019).
- Interventionistische Linke (2014): IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier. S. 19. <http://www.interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier> (eingesehen am 25.09.2019).
- Interventionistische Linke (a): <https://interventionistische-linke.org/projekt/organisierungsdebatte> (eingesehen am 01.10.2019).

Interventionistische Linke (b): <https://interventionistische-linke.org/it/node/194> (eingesehen am 01.10.2019).

Interventionistische Linke (c): vgl. exemplarisch die Beiträge im Debattenblog der IL zum Thema G20: Quelle: <https://blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel> (eingesehen am 01.10.2019).

Kirsche-Humboldt, Georg (2017): Links Gegen Links. In taz vom 20.05.2017, Quelle: <https://taz.de/!5409463/> (eingesehen am 01.10.2019).

Verfassungsschutzbericht 2018.

Zweiter Mai (2016): Kommt ihr mit in den Alltag? Eine praktische Kritik an der Interventionistischen Linken und ein Mutmacher zum Andersmachen. In: Arranca 49/2016, Quelle: <https://archive.arranca.org/ausgabe/49/kommt-ihr-mit-in-den-alltag> (eingesehen am 01.10.2019).



